

5. Soziologie deliberativer Verfahren

Immanente Probleme der empirischen Deliberationsforschung hatten unserer Untersuchung zunächst als Anhaltspunkt gedient, um tieferliegende handlungstheoretische Schwierigkeiten in der Theorie des kommunikativen Handelns aufzudecken. Ausgerechnet an der empirischen Forschung zu deliberativen Verfahren, die über den Stamm der Legitimitäts- und Demokratietheorie und die ›ideale Sprechsituation‹ auf die handlungstheoretische Wurzel der TkH zurückverfolgt werden kann, ließ sich das Fehlen handlungstheoretischer Begrifflichkeiten zur Analyse empirischer Meinungsbildungsprozesse festmachen. In der gängigen und von Habermas auch teilweise affirmierten Forschung (2008, 2005a) wird die TkH nicht handlungstheoretisch, sondern diskursethisch interpretiert, so dass die empirischen Analysen das kommunikative Handeln nicht *erklären*, sondern dessen Qualität *bewerten*.

Es liegt daher nahe, mit der oben geleisteten Weiterentwicklung der Theorie kommunikativer Rationalität im Rücken zu den betreffenden Problemen zurückzukehren. Dieser Schritt zurück zur Ausgangsproblematik stellt eine Art Test für die handlungstheoretische Neubestimmung von Deliberation dar. Eröffnet die Soziologie der Deliberation einen neuen Zugang zu den unentscheidbaren Fragen der empirischen Deliberationsforschung? Gelingt es, vorher unklare Befunde zu erhellen und neue Forschungsfragen aufzuwerfen?

Ich werde mich dabei auf die Forschung zu deliberativen Verfahren beschränken, an der die theoretischen Probleme der empirischen Deliberationsforschung zunächst aufgezeigt wurden. Das Ziel der folgenden Ausführungen ist, deliberative Verfahren in einem theoretischen Vokabular zu beschreiben, das nicht nur diskursethisch, sondern auch sozialtheoretisch fundiert ist. Gegenüber der konventionellen Deliberationsforschung wird dadurch die Korrektur einer normativistischen Vereinseitigung angestrebt. Wenn es gelingt, die Forschung zu deliberativen Verfahren auf neuer theoretischer Grundlage zu rekonstruieren, können die oft auf partikuläre Eigenschaften singulärer Beteiligungsverfahren beschränkten Befunde wieder in das Licht übergreifender Fragen gerückt werden. Was darf von deliberativen Verfahren im Lichte der demokratietheoretischen Ideale (»Volkssouveränität durch Verfahren«) erhofft werden? Inwieweit lassen sich Argumentation und Verständigung in demokratischen Verfahren institutionalisieren? Was kann man an diesen Verfahren über die praktischen Grenzen der kommunikativen Rationalität unter Bedingungen kultureller Heterogenität lernen?

Zunächst ist an die Probleme der empirischen Deliberationsforschung zu erinnern. Wie oben gesehen, konstruiert die empirische

Deliberationsforschung ihren Gegenstand primär über Prozessnormen normativ wünschenswerter Kommunikation und entwickelt Indikatoren für Argumentativität, Gleichheit, Machtfreiheit, Respekt usw., die diese Normen in verfahrensmäßig operationalisierbare und empirisch messbare Größen übersetzen (siehe Kapitel 1.5). Zum Gegenstand der empirischen Forschung wird dann im engsten Fall nur das Ausmaß der Verfehlung/Erfüllung dieser Normen durch die empirische Kommunikation. Gerade die Tendenz zur Engführung der Forschung auf die Bedingungen normativ richtiger Kommunikation macht auf das Fehlen eines konzeptuellen Vokabulars zur Beschreibung deliberativer *Prozesse* aufmerksam. Die Forschung wird dann eigentümlich blind für die deliberative Interaktion selbst: »Insgesamt bleibt nach einem guten Jahrzehnt empirischer Forschung über Deliberation vielfach offen, was wir wirklich gesehen haben, wenn wir deliberatives Handeln und arguing empirisch beobachten« (Bächtiger/Wyss 2013: 176). Der Formalismus ist zwar mittlerweile als Forschungshindernis erkannt, die Deliberationsforschung verfügt aber bisher über keine adäquate Theorie deliberativer Kommunikation. Angesichts der Vielzahl der ad hoc eingeführten Kommunikations- und Deliberationsbegriffe beschreiben Bächtiger und Gerber den Forschungsstand als »confusing at best« (Bächtiger/Gerber 2014: 118). Die Schwierigkeit zu sagen, was genau in deliberativen Verfahren geschieht, scheint mit der allgemeineren Schwierigkeit zusammenzuhängen, die Art der handlungskordinierenden Effekte von Sprachverwendung adäquat zu bestimmen.

Diese konzeptuelle Leerstelle soll durch den oben ausgearbeiteten handlungstheoretischen Entwurf der Soziologie der Deliberation geschlossen werden. Um die empirischen Probleme der Deliberationsforschung neu auflösen zu können, reichen die handlungstheoretischen Grundlagen allein jedoch nicht aus. Eine Soziologie deliberativer Verfahren benötigt nicht nur eine Handlungstheorie, um das kommunikative Handeln im Verfahren zu beschreiben, sondern auch Konzepte zur Beschreibung des Verfahrens selbst. Ein wichtiger vorbereitender Schritt besteht daher in der Angabe eines soziologisch anschlussfähigen Verfahrensbegriffs, der es (im Unterschied zu gängigen Ansätzen der Deliberationsforschung) erlaubt, das empirische Verfahren nicht vor-schnell mit seiner normativen Selbstbeschreibung zu identifizieren. Nur ein nicht-normativer Verfahrensbegriff ermöglicht, den Effekt formaler Verfahrensstrukturen auf Gespräche zu untersuchen, ohne bereits das Ergebnis vorwegzunehmen. Im Folgenden wird ein analytischer Rahmen angegeben, der die explanativen Zielsetzungen einer Soziologie deliberativer Verfahren klären soll.

5.1 Der analytische Rahmen einer Soziologie deliberativer Verfahren

Der empirischen Deliberationsforschung ist, nicht ganz zu Unrecht, nicht nur Unklarheit über ihren Gegenstand, sondern auch über ihr explanatives Programm vorgeworfen worden. Explanans und Explanandum seien teils tautologisch, teils unklar bestimmt und die Rolle empirischer Forschung mit Bezug auf die normative Theorie sei diffus (siehe Kapitel 1). Diese Kritik als Herausforderung anzunehmen, erfordert anzugeben, mit welchen Grundbegriffen deliberative Verfahren analytisch gefasst werden können und welche explanativen Ziele eine Soziologie deliberativer Verfahren verfolgt. Grundbegrifflich ist dabei zu klären, was unter *Deliberation* und unter *Verfahren* zu verstehen ist. *Deliberation* wurde oben handlungstheoretisch in zwei Formen kommunikativer Handlungskoordination aufgelöst: *Argumentation* und *Verständigung*. Es fehlt jedoch noch ein Begriff des *Verfahrens*.

Offenkundig bestehen zentrale Unterschiede zwischen einer informellen Situation, in der sich *Deliberation* aus dem natürlichen Fluss eines *Gesprächs* ergibt (dem Paradigma, aus dem Habermas die ideale Sprechsituation rekonstruiert) und einer verfahrensförmigen und dadurch »formalen« Gesprächssituation (vgl. Atkinson 1982). Zur genaueren Bestimmung der Differenz behelfen wir uns zunächst mit einem Rückgriff auf einen klassisch von Luhmann ausgearbeiteten Verfahrensbegriff (1983). Luhmann beschreibt Verfahren als relativ autonome Kommunikationssysteme. Es handelt sich bei ihnen um durch formalisierte Verhaltenserwartungen strukturierte Prozesse, die das Handeln¹ zwar anleiten, aber nicht festlegen (vgl. 1983: 41ff.). In der Sozialdimension ist das Verfahren durch mehr oder weniger stark formalisierte *Normen* konstituiert, die auch seinen zeitlichen Ablauf vorzeichnen (Luhmann 1983: 42).² Über verfahrenseigene *Rollen* werden die Handlungen der Beteiligten im Verfahren verankert. Über die Angabe der

- 1 Es ist nicht nötig, an dieser Stelle eine Erörterung über »Handlung« versus »Kommunikation« als Grundbegriff einzuschieben. Der Verfahrensbegriff ist sowohl gegenüber einer Kommunikations- als auch der hier präferierten Handlungstheorie anschlussfähig. Ebenfalls enthalten wir uns eines Urteils in der normativen Frage, ob Verfahren Legitimation bloß erzeugen (Luhmann) oder auch verdienen (Habermas). Das Ziel ist nicht, normativ Position zu beziehen, sondern soziologisch informierte empirische Forschung zu deliberativen Verfahren zu ermöglichen, deren Ergebnisse freilich normative Fragen tangieren können.
- 2 Luhmann führt seine Verfahrensdefinition stark auf den Aspekt der Entscheidung zu, der Begriff lässt sich jedoch so verallgemeinern, dass er auch für nicht-entscheidungsbezogene deliberative Verfahren fruchtbar gemacht werden kann.

formalen Struktur aus Normen und Rollen lässt sich analytisch der Typus des Verfahrens bestimmen (Anhörung, Gerichtsverhandlung, Bürgersprechstunde usw.). Die normative und zeitliche Struktur des Verfahrens steht in einem komplexen Verhältnis zu den Handlungen der Verfahrensbeteiligten. Für die im Verfahren handelnden Parteien fungiert die formale Struktur als Randbedingung und Ressource, auf die insbesondere im Konfliktfalle zurückgegriffen werden kann. Dadurch wird jedoch das Handeln nicht determiniert (wodurch das Verfahren zum Ritual verkümmern würde); stets lassen die formalen Erwartungen Handlungsspielraum für Entscheidungen, die durch das Verfahren lediglich in eine »funktionale Perspektive« gebracht werden (Luhmann 1983: 44). Die Verfahrensgeschichte übt Konsistenzzwänge für künftige Handlungen aus: »Jeder Beitrag geht in die Geschichte des Verfahrens ein und kann dann in engen Grenzen vielleicht noch umgedeutet, aber nicht mehr zurückgenommen werden. (...) Im Lichte des schon Feststehenden wird das noch Offene interpretiert und weiter eingeengt« (Luhmann 1983: 44). Die Festlegung der Teilnehmer auf die Verfahrensergebnisse erfolgt also nicht über die Rigidität zwingender formaler Sanktionen, sondern über die Selbstbindung der Beteiligten im Verlauf der kontingenten Verfahrensgeschichte, an der sie selbst mitwirken (vgl. Luhmann 1983: 95 ff.). Die Leistung des Verfahrens besteht damit in der Transformation von relativer Offenheit in relative Festlegung im Verlauf der Verfahrensgeschichte.

Es ist wichtig, hervorzuheben, dass der Luhmann'sche Verfahrensbegriff zunächst normativ indifferent ist. Er präjudiziert nicht die Frage, ob ein konkretes Verfahren eher als Verwirklichung (annähernd) idealer Kommunikationsbedingungen oder als manipulativer Mechanismus der Pazifizierung von Konfliktpositionen zu beschreiben ist. Gerade deshalb eignet er sich, um einen analytischen Rahmen für die empirische Untersuchung deliberativer Verfahren zu gewinnen, der den Gegenstand nicht unter der Last normativer und sonstiger theoretischer Vorannahmen begräbt und dennoch hinreichend spezifisch ist, um auf relevante Aspekte aufmerksam zu machen. Verstanden als empirische Heuristik hebt der Verfahrensbegriff vor allem auf die *Differenz formaler und informeller Strukturen* ab und stellt explanativ die *prozessuale Bindungswirkung* von Verfahren in der Zeitdimension in den Vordergrund. Dieses Grundmuster lässt sich für die Beschreibung deliberativer Verfahren fruchtbar machen. Auch deliberative Verfahren sind durch (schwach) formalisierte Normen und Rollendifferenzierung gekennzeichnet. Auch sie weisen verfahrensgeschichtlich strukturierte Eigendynamiken der Interaktion auf, die Bindungswirkungen entfalten können und sollen. Es ist plausibel, deliberative Meinungsbildung als Übergang von relativer Offenheit zu relativer Festgelegtheit der Überzeugungen und Positionen zu konzipieren. Dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments zu folgen, bedeutet ja gerade,

die eigene Ansicht zunächst ins Offene zu stellen und sich sukzessive vom Verlauf der Sprechbeiträge beeinflussen und schließlich festlegen zu lassen.

Die wichtigsten Aspekte, die der Begriff für unsere Zwecke nahelegt, sind eine Unterscheidung zwischen formaler Struktur und (rollenförmig strukturierter) Interaktion und ein explanativer Fokus auf die Bindungswirkung des Verfahrensprozesses. Es lassen sich drei Analyseebenen einer Soziologie deliberativer Verfahren unterscheiden:

1. *Die Ebene der formalen Struktur des Verfahrens.* Formale Strukturen betten die Verfahrenskommunikation ein, dienen ihr als Ressource und können im Konfliktfall als legitime Gründe für verfahrensinterne Entscheidungen herangezogen werden. Zu den formalen Strukturen zählen explizite Normen (Verfahrensregeln) und paradigmatische Vorstellungen ihrer richtigen Umsetzung. Die formale Struktur ist konstitutiv für die Bestimmung des Verfahrenstypus. Je nach Art der formalen Regeln, die Verfahrensschritte, Rollendifferenzierung, die Prozessordnung der Interaktion und Aggregationsmodi für kollektive Entscheidungen oder Meinungsbilder angeben, ergibt sich ein anderer Verfahrenstypus.

In *deliberativen* Verfahren besteht ein Teil des Verfahrens aus *organisierten Interaktionen* (Ebene 2). Die verfahrensinterne Interaktion ist aus normativer Sicht die eigentliche ›Deliberation‹, das Verfahren geht jedoch nicht in Interaktion auf. Verfahrensinterne Interaktionen sind ihrerseits formal strukturiert: einerseits, weil Zielvorgaben für den Ablauf, die Themenwahl und die Teilnehmerbasis der Interaktion situationsextern festgelegt werden, andererseits indem das Interaktionsgeschehen über formalisierte soziale Rollen vorgeprägt wird. Jedes deliberative Verfahren erzeugt mindestens eine bereits situationsextern vorgegebene Rollendifferenz zwischen Teilnehmenden und Veranstaltern, häufig sind jedoch weitere Rollen vorgesehen, wie etwa die des Experten oder Moderators. Die Rollen unterscheiden sich in ihren interaktionsrelevanten Befugnissen und Pflichten, aber auch in den verfahrensrelevanten Kompetenzniveaus der Akteure. Wegen ihrer demokratisch-partizipativen Zielsetzung ist für deliberative Verfahren die Nicht-Professionalität der Teilnehmer charakteristisch, während Experten oder Veranstalter des Verfahrens sich typischerweise professionell politisch engagieren und über notwendige Kompetenzen für verfahrensgerechtes Handeln verfügen. Die Rollenstruktur des Verfahrens weist also typischerweise ein Professionalitätsgefälle auf, das weiter unten mit der Inklusionstheorie von Rudolf Stichweh näher beschrieben wird (Stichweh 2016, 1988). Auf Basis dieser allgemeinen Vorüberlegungen lässt sich bereits vermuten, dass Interaktionen in deliberativen Verfahren mit einer typischen Problematik konfrontiert sind: In der Interaktion soll eine verfahrensgünstige Stabilisierung von

- Rollenerwartungen und Interaktionsmustern erreicht werden, die zu Beginn des Verfahrens, wegen der fehlenden Professionalität des zu inkludierenden Publikums, nicht vorausgesetzt werden kann.
2. *Die Ebene der organisierten Interaktion.* Fast alle deliberativen Verfahren enthalten eine oder mehrere Interaktionen als Teil des von ihnen instituierten Prozesses, die aus normativen Gründen besonders verfahrenswichtig sind. Soziologisch wird Interaktion normalerweise über Kopräsenz und wechselseitige Wahrnehmung der Sprecher in einer Umgebung, die Gegenstände geteilter Aufmerksamkeit zur Verfügung stellt, definiert (vgl. Goffman 2003: 7–17, Goffman 1972; Luhmann 1972; Kieserling 1999b). Bei »zentrierten« Interaktionen (Goffman 1971), um die es sich bei Verfahrensinteraktionen fast ausschließlich handelt, kommt eine spezielle Offenheit für verbale Kommunikation und Sichtbarkeit und wechselseitige Beobachtung der Körper in ihrer Funktion als »Display« hinzu. Es kann hier offengelassen werden, ob es ratsam ist, den Begriff der bewussten Kopräsenz zu gradualisieren, um medienvermittelte Kontakte (etwa Online-Deliberation per Chat oder Forum) unter einen weiteren Begriff von Interaktion zu fassen. Verfahrensförmige Interaktionen unterscheiden sich gravierend von informellen Interaktionen. Sie sind stark von der formalen Struktur des Verfahrens geprägt, insofern sie sich in Partnerwahl, Zeithorizont, Anfang und Ende und teilweise auch der Themenwahl nach den Erfordernissen der formalen Struktur (1. Ebene) richten (vgl. Bora 1999: 160). Die Repräsentation der formalen Struktur in der Interaktion obliegt spezifischen Rollen (etwa Veranstalter, Moderator), die darüber wachen, dass die Interaktion formal korrekt – z. B. »deliberativ« – vollzogen wird. Sowohl die formalen Strukturen als auch die externen Rollenvorgaben werden »situert« und mit fortschreitender Interaktionsdauer in eine immer klarer festgelegte informelle Struktur der Interaktion umgesetzt (für empirische Analysen siehe Bora 1999: 222–255; Fietkau 1996: 278ff.; für die Begriffe der »Situierung« und »situativer Rollen« vgl. Goffman 1972: 85; Goffman 1971: 32f.). Die Interaktion steht hier also nicht »für sich«, unabhängig vom Kontext des Verfahrens. Vielmehr vollziehen sich Teile des Verfahrens durch Interaktion, d. h. die Interaktion kann als selektive Realisierung und Konkretisierung der formalen Verfahrensstruktur verstanden werden. Um die verfahrensförmig instituierte Interaktion von ihrem informellen Alltagspendant zu unterscheiden möchte ich daher von *organisierter Interaktion* sprechen.
 3. *Die Ebene der Sprechakte/Redezüge.* Diese Ebene ist, anders als formale Strukturen und Interaktionsdynamiken, keine alltagsweltlich vertraute Bezugsgröße in der Wahrnehmung der Teilnehmer. Sprechakte sind Teil der deliberativen Interaktion (Ebene 2). Sie verdienen aber vor dem oben ausgearbeiteten theoretischen Hintergrund besondere Aufmerksamkeit, denn Handlungskoordination und Meinungsbildung vollzieht

sich durch das kommunikative Handeln der Interaktionsteilnehmer. ›Deliberation‹ im normativ anspruchsvollen Sinne entsteht durch die Verkettung von Sprechakten zu Formen der kommunikativen Handlungskoordination. Nur über eine Analyse der aufeinander bezogenen Sprechakte lässt sich klären, was in deliberativen Verfahren geschieht und insbesondere, ob tatsächlich Deliberation stattfindet. Sprechakte können als Festlegung von Sprechern in drei Geltungsdimensionen verstanden werden. Mit Bezug auf den Wahrheitsanspruch einer sachlichen Aussage ist zu fragen, was in einem bestimmten Redezug behauptet wird, welche Gründe angeführt und welche Argumente dadurch (de-)legitimiert werden. Mit Bezug auf die Richtigkeitsdimension interessiert die Frage, ob Pflichten oder Rechte aufgerufen oder performativ in Anspruch genommen werden. Mit Bezug auf die Wahrhaftigkeitsdimension interessiert der expressive Sinn der Äußerung: Welche sozialen Positionen werden performativ beansprucht und eingenommen (vgl. zur sozialen Positionierung in Partizipationsverfahren Bora/Hausendorf 2009)? Äußerungen eröffnen damit einen mehrdimensionalen Raum von Möglichkeiten, an die folgende Äußerungen selektiv anschließen. Das Selektionsmuster dieser Anschlüsse lässt sich sequenzanalytisch rekonstruieren (Bohnsack 2010; Oevermann et al. 1979; Schneider 2008b), aus welchem wiederum die Form der kommunikativen Handlungskoordination erschlossen werden kann. Am Dialog selbst lässt sich zeigen, ob Gesprächsteilnehmer die Aussagen von anderen als allgemeinverbindliche Wissensansprüche behandeln, oder als Meinungen anerkennen. Neben den Formen kommunikativer Rationalität können selbstverständlich auch andere Formen der Handlungskoordination (Verhandeln, unsachlicher Streit, gesellige Unterhaltungen usw.) kommunikativ realisiert werden. So lassen sich empirische Gespräche vor handlungstheoretischem Hintergrund interpretieren.

Auch wenn die Interpretation der Redezüge (Ebene 3) in verfahrensförmiger Interaktion den naheliegenden Fokuspunkt der Deliberationsforschung bildet (paradigmatisch: Steenbergen et al. 2003) muss der Schwerpunkt für ein explanatives Programm einer Soziologie deliberativer Verfahren auf dem Zusammenhang von Verfahrensstruktur und Formen der Handlungskoordination liegen. Andernfalls sammelt man Daten über Gespräche, ohne diese in Bezug zu dem Verfahrenstypus setzen zu können, in dem sie stattfinden. Das führt wiederum zum Problem, dass die Befunde untereinander unvergleichbar werden.

Das primäre Erkenntnisinteresse einer Soziologie deliberativer Verfahren richtet sich daher auf den Zusammenhang von Verfahrensstruktur und Formen kommunikativer Handlungskoordination. Dass formale Strukturen die Form der Handlungskoordination in organisierter Interaktion relativ zuverlässig beeinflussen können, ist evident.

Normalerweise wird in Gerichtsverfahren keine Produktreklame gemacht, im Vorstellungsgespräch nicht geflirtet und an der Supermarktkasse nicht gefeilscht. Anders als die empirische Deliberationsforschung, die formale Strukturen (wenn überhaupt) als einfache Kausalkräfte konzipiert, die Kommunikation in die Bahnen normativer Idealvorstellung zwingen, sollte sich eine Soziologie der Deliberation aber gerade für die Eigenlogik formaler Strukturen und die Vielzahl ihrer Realisationsmöglichkeiten und Nebenfolgen interessieren.³

Formale Strukturen fungieren nicht nur als Treuhänder normativer Ideale, sondern können unintendierte Nebenfolgen zeitigen. Aus der Organisationssoziologie ist bekannt, dass die vermeintlich bloß implementierende Praxis den ›offiziellen‹ Sinn formaler Strukturen bis zur Unkenntlichkeit verschieben kann (vgl. etwa Lipsky 2010; Crozier/Friedbert 1979; Luhmann 1962). Gegenüber einer normativistisch verkürzten Deliberationsforschung ist daher darauf zu bestehen, formale Strukturen als Ebene *sui generis* ernst zu nehmen und in ihren Wirkungen auf die Interaktion im Verfahren unvoreingenommen zu untersuchen. Zu fragen ist insbesondere nach möglichen Effekten der formalen Strukturen, die von der normativen Selbstbeschreibung des Verfahrenstypus nicht berücksichtigt werden. Zu leicht wird man sonst von normativen Funktionsunterstellungen geblendet, und nimmt, wie bei einem überbelichteten Foto, die Realität nur als schwachen Abglanz einer alles überstrahlenden Idee wahr.

Die zentrale und durch die offiziellen Absichten ›hinter‹ dem Verfahrensdesign nicht vorentschiedene Frage lautet: Welche Form der kommunikativen Handlungskoordination wird durch die formalen Strukturen des Verfahrens begünstigt? Dabei interessiert vor allem, *wie* formale Strukturen bestimmte Modi der Handlungskoordination (strategisch, argumentativ, verständigungsorientiert) begünstigen oder unwahrscheinlicher machen. Die handlungstheoretisch ausgewiesenen Formen kommunikativer Handlungskoordination (Argumentation und Verständigung aber auch weitere Formen beispielsweise strategischer Handlungskoordination) dienen in diesem explanativen Programm dazu, die empirischen Kommunikationsverläufe in deliberativen Verfahren zu interpretieren. Sie sollen der Schwierigkeit der Deliberationsforschung abhelfen, zu sagen, was in der ›black box‹ der Deliberation geschieht, indem die Annäherung empirischer Gesprächsverläufe an idealtypische Formen der kommunikativen Handlungskoordination sichtbar gemacht wird.⁴

- 3 Die Deliberationsforschung konzipiert formale Strukturen – auch nach der Einschätzung einiger ihrer Praktiker (Sätälä/Herne 2014) – fast durchgängig als passive Mittel zur Erreichung der mit ihnen verfolgten Zwecke. Es herrscht gewissermaßen organisationssoziologische Unschuld.
- 4 Mit Bezug auf die *Interpretation* empirischer Kommunikationsverläufe, die nur im Ausnahmefall die Reinform eines einzigen Typus der kommunikativen

5.2 Soziologie des Deliberative Polls

Im Folgenden soll der Erkenntniswert einer Soziologie deliberativer Verfahren in der Analyse eines Verfahrenstypus demonstriert werden – dem oben bereits diskutierten ›Deliberative Poll‹. Dafür spricht nicht nur die Einschätzung von Deliberative Polls als »gold standard« deliberativer Verfahren in der normativen Literatur (Mansbridge 2010), sondern auch die Transparenz der formalen Struktur und die relativ breite Verfügbarkeit von Forschungsbefunden.

Für eine verfahrenssoziologische Analyse von Deliberative Polls sind die soziologisch wahrscheinlichen Effekte der formalen Strukturen (Ebene 1) auf den Kommunikationsmodus der Verfahrensinteraktion (Ebenen 2 und 3) zu analysieren. Die dafür notwendigen Annahmen über die *Wirkung* formaler Strukturen werden einerseits mittels Sekundärinterpretation von Befunden der empirischen Deliberationsforschung gewonnen, andererseits aus empirischer soziologischer Forschung zu Verfahren mit vergleichbarer formaler Struktur (hier: Mediations- und Moderationsverfahren) abgeleitet. Eine solche Untersuchung kann empirische Feldforschung nicht ersetzen, sie sollte aber ausreichen, um den analytischen Zugriff und Mehrwert einer Soziologie der Deliberation zu demonstrieren und empirischer Forschung bereits sehr konkrete Forschungsfragen und Hypothesen darüber an die Hand zu geben, was in Deliberative Polls und vergleichbaren Verfahren ›eigentlich‹ passiert. Die leitenden Untersuchungsfragen lauten: Welche formalen Strukturen und Verfahrensschritte kennzeichnen Deliberative Polls? Welche Effekte sind aufgrund dieser Strukturen für die ›deliberativen‹ Interaktionssequenzen der Verfahren zu erwarten. Lassen sich Anzeichen dafür finden, dass Argumentation, Verständigung oder andere Formen der kommunikativen Handlungskoordination von den formalen Strukturen privilegiert werden?

Die formale Struktur von Deliberative Polls (Ebene 1) kann von Fall zu Fall leicht variieren, legt aber typischerweise mindestens folgende Verfahrensschritte fest (vgl. Fishkin/Luskin 2005: 288):

1. Randomisierte Stichprobenziehung der Teilnehmer aus einer Grundgesamtheit. Für die Stichprobe der Verfahrenspopulation werden (im Idealfall) mehrere hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Teilnahme an der Präsenzphase des Deliberative Poll ausgewählt. Die Stichprobenziehung ist normalerweise mit einer ersten *Meinungssumfrage* zum Thema der Deliberation verbunden.

Handlungskoordination annehmen, werden die Formen kommunikativer Handlungskoordination wie Weber'sche Idealtypen gehandhabt, die die empirische Realität in Erfüllung *und* Abweichung interpretierbar machen (vgl. Baumann 2008).

2. Postalische Zusendung von Informationsmaterialien, die verschiedene Positionen mit Pro- und Kontraargumenten enthalten. Die Informationen und Argumente werden von Experten zusammengestellt.
3. Face-to-Face Deliberation am Veranstaltungsort. Bei dieser Phase handelt es sich um die *organisierte Interaktion* im Verfahren. Dabei gibt es *Kleingruppendiskussionen* und *Plenarsitzungen*. Die Kleingruppen dienen der eigentlichen Deliberation, haben aber auch konkrete Aufgaben, wie beispielsweise Fragen an Experten zu entwickeln. Sie sind durch die Rollendifferenz von Moderator und Teilnehmer gekennzeichnet. Darüber hinaus gibt es *Plenarsitzungen*, die im Wechsel mit Kleingruppendeliberation stattfinden und in denen die gesamte Verfahrensöffentlichkeit anwesend ist. Sie dienen vor allem der Anhörung von Experten, gelegentlich auch dem Austausch von Ergebnissen und Fragen zwischen den Kleingruppen.
4. Zweitbefragung: eine zweite, in der Frageformulierung mit der Erstbefragung identische, Befragung am Ende der Präsenzphase des Verfahrens zu den Sachthemen sowie eine schriftliche Evaluation der Veranstaltung.
5. Analyse von Meinungstrends: *Ohne Teilnehmerbeteiligung* findet die wissenschaftliche Auswertung statt, die unter anderem die Prüfung der ›Deliberativität‹ des Verfahrens anhand eines Abgleichs mit normativen Idealvorstellungen, die Errechnung der Meinungsverschiebungen zwischen Vorher- und Nachher-Befragung und die Interpretation der Einstellungsänderungen (›Net-Attitude-Change‹) als Lerneffekte enthält. Die Aggregation von kollektiven Resultaten des Deliberative Polls wird also nicht in der Präsenzphase des Verfahrens geleistet.

Diese formalen, den Prozess strukturierenden Elemente von Deliberative Polls werden typischerweise als Ermöglichungsbedingungen normativ wünschenswerter Kommunikation angesehen; sie gelten als Garant der normativen Rahmenbedingungen von Deliberation (vgl. etwa Fishkin 2009: 125f.). Diese Interpretation gewinnt einen Teil ihrer Suggestivkraft aus der Unfähigkeit, sich handlungstheoretische Alternativen zur ›vernünftigen‹ Argumentation vorzustellen. Weil Fishkin und Luskin durch Auswertung ihres empirischen Materials zeigen können, dass eine Interpretation der Verfahren als strategische Verhandlung oder als konfliktive Gruppenpolarisierung nicht schlüssig ist, scheint nur ›die Vernunft‹ als Quelle von Meinungsänderungen in Frage zu kommen. Sobald man mehrere soziale Formen unterscheidet, schwindet diese Sicherheit. Auf der Basis der hier präferierten soziologischen Perspektive ist es eine offene Frage, ob Deliberative Polls Formen der kommunikativen Handlungskoordination begünstigen, die der normativen Theorie entsprechen oder Effekte zeitigen, die von den Reflexionstheorien der Verfahren nicht

antizipiert werden oder diesen sogar zuwiderlaufen (für einen der wenigen Versuche dies empirisch zu prüfen siehe Gerber et al. 2014). Es wäre nun möglich, für jeden der Verfahrensschritte nach möglichen Konsequenzen für die Form der kommunikativen Handlungskoordination zu fragen. Ich möchte mich jedoch im Folgenden aus Platzgründen auf eine Analyse der »Kleingruppendeliberation« beschränken, da es sich um die Verfahrensphase handelt, in der die eigentliche Deliberation geleistet werden soll.

5.3 »Deliberative Kleingruppen« – organisierte Interaktion in Deliberative Polls

Den Kern von Deliberative Polls und ihrer normativen Rechtfertigung bildet die *organisierte face-to-face Interaktion* in moderierten Kleingruppen. Hier sollen jene kommunikativen Reflexions- und Kontestationsprozesse stattfinden, die die deliberative Qualität der später erhobenen Meinungstrends ausmachen sollen. Anders als in den Plenarsitzungen besteht in den Kleingruppen für jede Person die prinzipielle Möglichkeit der kommunikativen Beteiligung, die zudem durch professionelle Moderatoren angeregt wird. Dadurch sollen günstige Kommunikationsbedingungen ermöglicht werden, die die deliberative Qualität der Meinungsbildung garantieren sollen.

In Einklang mit dem oben skizzierten Analyseschema einer Soziologie deliberativer Verfahren setzen wir zunächst an der formalen Struktur der Kleingruppeninteraktion in Deliberative Polls an. Unser Hauptinteresse gilt der Frage, ob sich aus der formalen Struktur der Kleingruppendeliberation Rückschlüsse auf den Modus der kommunikativen Handlungskoordination⁵ ziehen lassen, der von diesen Strukturen institutionalisiert wird. Die wichtigste formale Strukturierung der deliberativen Kleingruppen besteht in einer *Rollendifferenzierung in Teilnehmer- und Moderatorenrolle*. Moderatoren werden in der normativen Literatur zumeist einfach als »facilitators« gesehen, die die natürliche Kapazität

- 5 Um einem naheliegenden Einwand zu begegnen, wäre zu klären, warum es gerechtfertigt ist, hier von »Handlungskoordination« zu sprechen. Gegenüber Situationen in denen Sprechakte unmittelbar dazu dienen, eine handlungsermöglichende Basis für die Verfolgung kollektiver Ziele zu schaffen, fehlt in der Kleingruppendeliberation im Deliberative Poll prima facie ein gesprächsexternes kollektives Handlungsziel. Es geht im Deliberative Poll um individuelle Meinungsbildung, die erst außerhalb der organisierten Interaktion zu kollektiven Meinungstrends aggregiert werden; eine Notwendigkeit zu kollektiver Handlungskoordination besteht also auf den ersten Blick nicht (weshalb es naheliegen könnte, in Habermas'scher Terminologie von

der Interaktion zur Bearbeitung politischer Sachfragen steigern. »[Moderators, F. A.] maintain an atmosphere of civility and mutual respect, encourage the diffident, restrain the loquacious, and ensure that all the major proposals and all the major arguments for and against them in the briefing document get aired« (Fishkin/Luskin 2005: 288). Durch professionelle Moderatoren soll die deliberative Qualität, Sachlichkeit und Zivilität der Kleingruppeninteraktion sichergestellt werden. Moderatoren stellen gemäß dieser Sichtweise sicher, dass nicht zu stark vom normativen Ideal der Deliberation abgewichen wird. Sie erweitern die Fähigkeit von Interaktionen, mit konfliktreichen und komplexen Themen sachlich umzugehen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, und ob dies tatsächlich die einzigen Effekte von Moderation sind, wird in der Deliberationsforschung kaum thematisiert (Landwehr 2014). Dass es für Moderatoren kein Analogon in der politischen Öffentlichkeit von Massendemokratien gibt und daher die Metapher des Verfahrens als »Mikrokosmos« nochmals zweifelhafter wird, ist zwar von Kritikern der Deliberative Polls gesehen worden (Sanders 2010: 42), die faktische Wirkung von Moderation auf Gespräche in Deliberative Polls ist jedoch weder theoretisch noch empirisch hinreichend analysiert worden (eine anregende aber atheoretische Beschreibung findet sich bei Townsend 2009). Was bedeutet es für Interaktion, wenn sie durch Moderatoren »organisiert« wird?

5.3.1 Moderator und Teilnehmer – Rollendifferenzierung in organisierter Interaktion

Durch die asymmetrische Rollenverteilung mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten unterscheidet sich die Interaktion in Deliberative Polls grundsätzlich von Alltagsgesprächen, für die eine symmetrische Rollenverteilung typisch ist. Diese Asymmetrie besteht in differierenden normativen Erwartungen an die Rollenträger sowie in unterschiedlichen Kompetenzniveaus mit Bezug auf das Handeln in organisierter Interaktion.

handlungsentlasteter »Konversation« zu sprechen (Habermas 1987a: 438). Interaktionssoziologisch ist jedoch hervorzuheben, dass Interaktion *generell* kollektive Ziele mit sich führt, die *minimal* in Erhalt und Produktion von Erwartungssicherheit und »Normalität« des Handelns und Verhaltens bestehen (Goffman 2003, 2010). Selbst wenn es in den Kleingruppendiskussionen also keine Notwendigkeit zu gesprächsexternen Ergebnissen gäbe (und mit der Vorgabe, einer sachlichen Agenda zu folgen und auf Gruppenebene z.B. Fragen an Experten zu formulieren, gibt es diese ohnehin) – das Problem, eine informelle Ordnung der sich in der verfahrensförmig organisierten Interaktion zu institutionalisieren und die Frage, welcher informelle Stil und welche Form der Kommunikation sich einspielen, muss in jedem Fall praktisch »beantwortet« werden.

Die differierende Handlungskompetenz lässt sich als ein interaktionswirksames Professionalitätsgefälle zwischen Moderatoren und Teilnehmenden analysieren. Die nicht-professionellen Teilnehmer, müssen im Verfahren selbst lernen, was es heißt »Teilnehmer« an einer deliberativen Kleingruppe zu sein und starten also unter anderen Voraussetzungen, als die Organisatoren. Um dieses Gefälle zwischen den Rollenträgern und die interaktionsrelevanten Aspekte dieses Gefälles genauer zu beschreiben, bietet sich die von Rudolf Stichweh ausgearbeitete Unterscheidung von Leistungsrolle, sekundärer Leistungsrolle und Publikumsrolle an (Stichweh 2016, 1988, 2009). Stichweh nutzt diese Konzepte um verschiedene Inklusionsmodi von Personen in gesellschaftsweite Funktionssysteme zu differenzieren, sie lassen sich jedoch auch anwenden, um die Inklusion in deliberative Verfahren genauer zu beschreiben. Leistungsrollen sind in der Regel professionalisierte Rollen, die konstitutive Funktionen für ein System übernehmen – ohne Wissenschaftler/-innen keine Wissenschaft (Stichweh 2009: 32). Komplementär zur Rolle der Leistungsproduzenten bildet sich die Publikumsrolle, in der Leistungen abgenommen werden. Beispiele für das Handeln in Publikumsrollen sind das Lesen populärwissenschaftlicher Literatur, der Konzertbesuch, das Einkaufen im Supermarkt oder der Besuch von Fußballspielen. Die Publikumsrolle ist zwar keine reine Zuschauerrolle, sondern erfordert Partizipation (auch der Kunde im Supermarkt muss seine Waren auf das Kassenband legen), das Verhaltensrepertoire ist aber eingeschränkt und unterscheidet sich von der Performanz der Leistungsrollenträger durch Wissens- und Kompetenzschränken.

Der bloße Gegensatz von Leistungs- und Publikumsrolle ist jedoch zu schroff, um sich für die Beschreibung des Gefälles zwischen Moderatoren und Teilnehmern in Deliberative Polls zu eignen. Die Teilnehmenden sind keine passiven Konsumenten des Verfahrens und daher auch nicht bloßes Publikum. Auch wenn sie zunächst über Publikumsrollen in das politische System einbezogen sind (als Adressaten politischer Kommunikation und Entscheidungen sowie als Wähler), werden sie im Verfahren selbst zu politischen Leistungen animiert. Um diesen Inklusionsmodus näher zu bezeichnen, eignet sich der Begriff der *sekundären Leistungsrolle*. Stichweh erläutert den Begriff anhand der Figuren des Amateurs (handelnder Laie) und des Connaisseurs (wissender Laie) und grenzt den Begriff von der primären Leistungsrolle ab: »Die sekundären Leistungsrollen simulieren in kleinerem Maßstab, aber größerer Zahl, das Verhalten der primären Leistungsrollenträger« (Stichweh 2016: 39; zum Begriff auch Volkmann 2010). Beispiele sind Hobby-Aquarellisten oder Personen, die sich bei der freiwilligen Feuerwehr engagieren. Ohne an zentraler Stelle in die Organisationen professioneller Leistungserbringung einbezogen zu sein oder gar Chancen zu haben, zu deren Spitzen vorzudringen, eignen sich die Inhaber sekundärer Leistungsrollen einen

Teil der Kompetenzen an, die für die Ausübung primärer Leistungsrollen nötig sind.

Die Differenz von Publikums- und sekundärer Leistungsrolle ist hilfreich, um die Bindungs- bzw. Inklusionsfunktion deliberative Verfahren näher zu kennzeichnen. Deliberative Verfahren öffnen den Bereich der professionellen Politik für ein Publikum, das im Verfahren selbst in die Rolle des partizipierend-handelnder ›Amateurs‹ rekrutiert wird. Indem die Teilnehmenden (z. B. in den Informationsphasen des Deliberative Polls) mit Wissen versorgt und zur Übernahme politischer Leistungen animiert werden, wird ein qualitativ anderer, die Person stärker bindender Modus der politischen Inklusion erreicht. Die Einbeziehung der Teilnehmenden in das Verfahren erfolgt also über die Transformation von Publikums- in sekundäre Leistungsrollen im Verfahrensverlauf. Während dadurch die Distanz zwischen politischen Laien und professionellen Politikern *verringert* wird, erzeugt das Verfahren selbst jedoch ein weiteres Professionalitätsgefälle zwischen den Organisatoren des Verfahrens und den Teilnehmenden. Denn mit Bezug auf das Verfahren selbst, d. h. die Realisierung und Durchführung des Verfahrens, bleiben die teilnehmenden Laien; ihre Rolle ist als die eines Abnehmers der formalen Verfahrensstruktur konzipiert. Die primäre Leistungsrolle für den Deliberative Poll und die meisten anderen deliberativen Verfahren kommt demnach den Veranstaltern, Organisatoren, Moderatoren und sonstigen mit der Durchführung betrauten Akteuren zu: bei Ihnen liegt die Kontrolle über die Durchführung des Verfahrens, das organisationsnotwendige Wissen sowie das Recht über die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Teilnehmenden zu bestimmen. Soziologisch gesehen, ist es also gegenüber der normativen Literatur genau umgekehrt: Nicht die Teilnehmenden, sondern die Veranstalter sind für die rollentheoretische Beschreibung des Verfahrens zunächst zentral.

Dieses Professionalitätsgefälle zwischen Teilnehmern und Moderatoren ist für eine soziologische Beschreibung der organisierten Interaktion in Deliberative Polls unbedingt zu beachten. Es sichert den Inhabern von Leistungsrollen einen für die organisierte Interaktion folgenreichen Kompetenz- und Legitimitätsvorsprung. Die Rollenasymmetrie wird durch weitere Faktoren gestützt, die auf eine *interaktionswirksame Vorangstellung der Moderatorenrolle* in der organisierten Kleingruppeninteraktion hindeuten. *Erstens*, teilen die Teilnehmenden an Deliberative Polls vor Beginn des Verfahrens keine gemeinsame (Interaktions-)Geschichte und sind sich über das Ausmaß geteilter Überzeugungen und Ziele nicht im Klaren. Dadurch wird es schwierig, den Einfluss der formalen Struktur im Interaktionsverlauf zu relativieren. Während sich in Organisationen im Laufe ihres Bestehens informelle Strukturen herausbilden, die die formale Struktur sowohl ergänzen als auch unterlaufen können (Luhmann 1995; Gouldner 1965), ist diese Möglichkeit

in Deliberative Polls deutlich eingeschränkt. Auch gibt es außerhalb des Verfahrens kein »Feld«, keine reguläre Praxis der verfahrensförmigen Deliberation, aus dem relevante Erfahrungen in das Verfahren eingebracht werden könnten (Ryfe 2007). Es fehlt daher nicht nur an informellen Normen und eingespielten Handlungsrepertoires, die formale Regeln und Rollenverteilungen relativieren könnten, sondern auch an elementarem »*Situationswissen*« (Habermas 1988d: 89) zum Typ der Interaktion. Die Teilnehmenden sind darauf angewiesen, vonseiten der Veranstalter und der Moderatorinnen zu erfahren, welches Verhalten in den deliberativen Kleingruppendiskussionen von ihnen erwartet wird. *Zweitens* ist ein *Legitimitätsbonus* der Moderatorenrolle wahrscheinlich. Aus Teilnehmersicht verkörpern sich in der Rolle der Moderation eine Reihe gesprächswichtiger Werte – Neutralität; Fairness und wechselseitige Anerkennung. Die Basis wechselseitiger Anerkennung (zumindest aber unterstellter Zurechnungsfähigkeit), die in aller Kommunikation implizit vorausgesetzt wird, wird in der Rolle des Moderators »symbolisch verkörpert« (i. S. v. Habermas 2012b) und in der Interaktion wahrnehmbar. Dieser Umstand führt typischerweise dazu, dass auch die Person positive Wertungen auf sich zieht (empirisch ablesbar an der hohen durchschnittlichen Zufriedenheit von Beteiligten an Mediationsverfahren mit den Mediatoren, die wegen ihrer Allgemeinheit kaum durch persönliche Charaktereigenschaften zu erklären ist, vgl. Bingham 2004). Die Moderatorenrolle sichert ihren Inhabern also nicht nur qua Rolle, sondern in gewissem Sinne auch persönlich einen Vorschuss an Legitimität, der im Verfahren gesteigert oder verspielt werden kann.

Aufgrund dieser Vorüberlegungen ist es hochwahrscheinlich, dass die Moderatoren gegenüber Teilnehmern über privilegierte Chancen der Rahmung der Interaktion und der Durchsetzung von Situationsdeutungen »auch gegen Widerstrebende« (Weber) verfügen. Wie Goffman anmerkt, werden Situationen häufig von jenen Personen dominiert, denen das rigideste Anstandsverhalten geschuldet ist (1971: 210), was für die Moderatoren als Repräsentanten der offiziellen Ordnung sicherlich gilt. Sie haben in der Interaktionssituation also mehr *Macht* und man könnte in leichter Modifikation der Weber'schen Terminologie auch von einer situativen *Herrschaft* sprechen (Weber 2005: §38).⁶ Es handelt sich allerdings um eine Herrschaft, deren Legitimitätsbasis an einen rollenkonformen Gebrauch der Befugnis gebunden und auf die Situation beschränkt ist. Es ist daher legitim, die Kleingruppeninteraktion von der Rolle des Moderators ausgehend zu analysieren und nach den wahrscheinlichen Auswirkungen auf die komplementäre Teilnehmerrolle zu fragen. Wir nähern uns der eigentlich interessierenden Frage nach dem

6 Moderatoren und Mediatoren formulieren ihre »Befehle« (Webers Definitionsmerkmal für Herrschaft) zwar als »Bitten«, aber in der Situation ist es

Handlungsmodus in Deliberative Polls also *indirekt* über die Analyse der wichtigsten Leistungsrolle in Kleingruppendeliberation. Wie werden Moderatoren ihre günstigen Einflusschancen nutzen? Welchen Modus der kommunikativen Handlungskoordination werden sie bevorzugt instituieren?

5.3.1.1 Die Rolle des Moderators

Um diese Fragen zu beantworten, müssen die normativen Verhaltenserwartungen genauer untersucht werden, die die Rolle des Moderators definieren (klassisch zur Bestimmung des Rollenbegriffs über normative Erwartungen: Dahrendorf 2003 [1959]). Da die Rolle von Moderatoren in Deliberative Polls meines Wissens bisher nicht explizit empirisch untersucht wurde, beziehe ich mich zunächst auf allgemeine Befunde zum normativen Erwartungsprofil der Moderatorenrolle. Im Kern der Erwartungen an Moderation und auch des Selbstverständnisses von Moderatoren liegen die Forderung der *Neutralität* und das Verbot der Parteilichkeit (Harrington/Merry 1988; Maley 1995; Astor 2007; Cobb/Rifkin 1991). Die Person mag parteilich sein, doch in ihrer Rolle als Moderator darf sie es nicht zeigen. Im Gegensatz zu (Schieds-)Richtern hängt bei Moderatoren und Mediatoren ein mögliches sachliches Ergebnis des Gesprächs von der freiwilligen Zustimmung der Parteien ab (Simmel 1968c: 80).⁷ Es ist ein grober Normverstoß, wenn Moderatoren mit eigenen Argumenten in die Sachdiskussion eingreifen oder einer der Parteien Recht geben; offensichtliche Parteilichkeit kann zum Abbruch der Interaktion führen (Ian/Anthony 2001).

Diesem Neutralitätsgebot darf allerdings nicht einfach durch Nichtbeteiligung am Gespräch nachgekommen werden; es handelt sich also nicht um bloße Unterlassungsnormen. Positiv obliegt den Moderatoren die *Prozesskontrolle*, die von Maley als »ringmaster role« beschrieben wird (Maley 1995). Moderatoren sind prinzipiell dazu berechtigt, Kontrolle darüber auszuüben, wer, mit wem, in welcher Reihenfolge, wann

äußerst schwierig sich diesen Bitten zu verweigern, wenn sie durch die Rolle gedeckt sind.

- 7 Mediation ist soziologisch deutlich besser erforscht als Moderation. Weil die beiden Rollen einige strukturelle Gemeinsamkeiten haben, halte ich die Ergebnisse der Mediationsforschung in gewissem Umfang für auf die Moderationspraxis übertragbar (häufig wird ohnehin kein klarer Unterschied zwischen den beiden Vermittlungstypen gemacht). Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings im Grad der Ergebnisorientierung. Von Mediatoren wird erwartet, dass sie das Gespräch zu einem Ergebnis führen, bei Moderatoren ist dies eine bloße »Kann-Erwartung« (Dahrendorf), so dass man vermuten kann, dass Mediatoren zu einer aktiveren Gesprächssteuerung tendieren.

spricht und bestimmen, wer legitime Kontrolle über Themenwahl, Themenwechsel und die Beendigung der Interaktion hat. Des Weiteren gehört eine *Inhaltskontrolle* bezüglich der Relevanz und Zulässigkeit von Aussagen notwendig zur Ausübung der Moderatorentätigkeit (Maley 1995: 96). Diese Autorität berechtigt allerdings nicht zum Hinwirken auf ein bestimmtes sachliches Gesprächsergebnis, sondern soll der Aufrechterhaltung günstiger Rahmenbedingungen der Handlungskoordination mit inhaltlich noch unbestimmtem Ergebnis dienen (vgl. Jacobs 2002: 1406). Neutralität erweist sich also als aktive Praxis der Herstellung günstiger Gesprächsbedingungen und der Ermöglichung zielführender Kommunikationsverläufe. Diese Zieldefinition der Moderationspraxis macht einsichtig, warum Moderatoren in der normativen Literatur als empirische Verwirklichungsbedingungen einer annähernd idealen Sprechsituation verstanden werden konnten.

Die Selbstbeschreibungen von Praktikern, aus denen Angaben über die normative Binnenstruktur der Moderatorenrolle typischerweise bezogen werden, dürfen jedoch nicht mit der empirischen Wirklichkeit der Moderationspraxis verwechselt werden. Die Moderatorenrolle vereinigt die (in der Selbstbeschreibung dominante) Anforderung der sachlichen *Neutralität* mit der Aufgabe der *Steuerung* des Gesprächs. Was in der normativen Idealisierung vielleicht noch als »neutrale Steuerung« zusammen gedacht werden kann, wird in der Praxis problematisch. Man kann ein Gespräch unmöglich steuern, ohne sachliche Urteile zu fällen (dies folgt schon aus dem Primat des sachlichen Verstehens, welchen man mit Habermas und Gadamer für alles Verstehen annehmen muss – vgl. Habermas 1987a: 192). Interventionen, die sich scheinbar bloß auf die Wahrung der Prozessintegrität oder der thematischen Passung von Beiträgen beziehen, enthalten daher mindestens implizite sachliche Stellungnahmen, die den Moderatoren bei ungeschickter Gesprächsleitung als Parteilichkeit ausgelegt werden können. Dieses in der Forschungsliteratur als »Neutralitätsparadox« beschriebene Problem (Cobb/Rifkin 1991), lässt sich in folgende Zielkonflikte auseinanderziehen:

- Sachliche Urteilsenthaltung vs. Wahrung von Prozessintegrität: Insofern es ein Ziel der Gesprächsführung ist und sein muss, über eine Relevanzprüfung der Beiträge die *thematische Kontinuität* und Prozessintegrität sicherzustellen, müssen Moderatoren kontinuierlich sachliche Urteile über die Angemessenheit und Zulässigkeit von Beiträgen fällen. Welcher Redebeitrag führt sachlich weiter, welcher Einwand sollte besser zurückgestellt werden? Die dafür notwendigen Urteile enthalten implizite Bewertungen der inhaltlichen Qualität von Sprechbeiträgen mit Bezug auf ein Thema, die mit dem Gebot inhaltlicher Neutralität schwer vereinbar sind: »As mediators navigate their way through the contingencies of actual conversational

exchanges, the demand to maintain content neutrality is continually pitted against the demand to maintain process integrity« (Jacobs 2002: 1407).

- Prozessoffenheit vs. Ergebnisorientierung: Häufig ist es die Aufgabe von Moderatoren und Mediatoren, ein (in seinem Inhalt nicht klar spezifiziertes) sachliches Ergebnis der Interaktion herbeizuführen – etwa wenn Mediation als Verfahren der außergerichtlichen Einigung genutzt wird. Dabei bleiben sie aber auf die Freiwilligkeit der Teilnehmer angewiesen, die von sich aus längst nicht immer ein Ergebnis erzielen würden. »Mediators must respect the voluntary participation of the disputants, but they may have to overcome disputant resistance to consensus decision-making« (Jacobs 2002: 1407). Ein solcher (wenn auch schwächerer) Druck, ein Ergebnis zu erzielen, besteht auch im Rahmen eines deliberativen Verfahrens, wenn z. B. Ergebnisse der Diskussion oder gemeinsame Fragen der Gruppe an Experten schriftlich festgehalten werden sollen. Selbst die zeitliche Bewältigung einer gegebenen Agenda erfordert Anstöße zur sachlichen Schließung und Produktion von Zwischenergebnissen, die sich nicht immer aus dem natürlichen Fluss der Deliberation ergeben.
- Kritische Sachorientierung vs. Zivilität des Prozesses: Es kann im Zuge einer Argumentation rational angemessen sein, Gründe kritisch zu hinterfragen, die in »geselliger Interaktion« (Kieserling 1999b) typischerweise durch Takt- und Schamgrenzen geschützt sind. Wenn nicht nur nach Gründen, sondern auch nach Gründen für die Gründe gefragt wird, werden zunehmend jene Selbstverständlichkeiten berührt, die normalerweise nicht als bewusstes Wissen verfügbar sind und deren Erschütterung die praktische Handlungs- und Urteilsfähigkeit eines Individuums in Frage stellen kann. Dadurch steigt die Gefahr thematisch undifferenzierter Konflikte. Moderatoren werden sich daher je nach Thema mehr oder weniger häufig vor die Wahl gestellt sehen, entweder die Zivilität des Gesprächs auf Kosten der Sachlichkeit zu verteidigen, oder die gesprächsnotwendige Basis wechselseitiger Anerkennung und des Respekts im Namen der Sachdiskussion aufs Spiel zu setzen.

Diese der Moderatorenrolle inhärenten Dilemmata lassen sich gut von den oben herausgearbeiteten Problemen der sozialen Form der Argumentation her verstehen. Argumentationen weisen eine inhärente Tendenz zum Ausfasern in unbeherrschbare Komplexität auf und bergen die Gefahr generalisierter Konflikte. Moderatoren müssen einen Modus des praktischen Umgangs mit den Gefahren von Argumentation finden, der jedoch nicht in offensichtlichem Widerspruch mit der normativen Kernerwartung der sachlichen Neutralität stehen darf. Dieses Problem muss auf zwei Ebenen gelöst werden. Auf der Ebene des identitätsrelevanten

Selbstverständnisses von Moderatoren muss verhindert werden, dass Moderation als kontinuierlicher Handlungszwang in Doppelbinder-Situationen erlebt wird (»Intra-Rollendilemma«), auf der Ebene der Interaktion muss verhindert werden, dass die Moderatorin entweder die Kontrolle über das Gespräch verliert oder als parteilich oder dominant erlebt wird (»Inter-Rollendilemma«). Auf den ersten Aspekt gehe ich nur kurz ein, während der zweite Aspekt zentral ist, um moderierte Interaktion im Kontext von Deliberative Polls zu verstehen. Mit Bezug auf das Intra-Rollendilemma hat Forschung zum Selbstverständnis von Moderatoren und Mediatoren gezeigt, dass kognitive Dissonanzen typischerweise über die Polyvalenz und situative Adaptabilität des pragmatischen Sinngehalts von »Neutralität« umgangen werden (Cobb et al. 1991; Cobb/Rifkin 1991). Schon Simmel macht auf eine gewisse Dehnbarkeit des Neutralitätsgebots aufmerksam, das entweder als Gebot der *Unparteilichkeit*, oder der *gleichmäßigen Interessiertheit* verstanden werden könne (Simmel 1968c: 79). Eine dritte Bedeutungsnuance, die sich im Selbstverständnis von Moderatoren finden lässt, ist Neutralität als *Gebundenheit an allgemeine und überparteiliche Werte* wie z.B. Gerechtigkeit (Greatbatch/Dingwall 1989). So können unterschiedliche und in ihren Effekten konträre Handlungen praktisch mit Bezug auf den »umbrella term« (Jacobs 2002: 1406) oder sogar »Mythos« (Folger/Jones 1994) der Neutralität gerechtfertigt werden. Die Neutralität kann sich situativ einmal als Nicht-Intervention ein anderes Mal als alternierende Parteilichkeit ein anderes Mal als Appell an allgemeine Werte äußern, so dass beträchtliche Freiheitsgrade »neutraler« Prozesssteuerung bestehen. So wird der Intra-Rollenkonflikt in der Selbstbeschreibung der Moderatoren durch die Flexibilität der Neutralitätskategorie teilweise invisibilisiert.

Diese Lösung ist für die *intersubjektive* Ebene der Interaktion nicht verfügbar. Moderatoren können die Teilnehmer nicht darüber aufklären, inwiefern ihr Handeln je aktuell als neutral verstanden werden könnte (das würde sie erst recht angreifbar machen). Stattdessen müssen sie die Darstellung ihrer Rolle so kontrollieren, dass ihre Handlungen den Teilnehmern in einem diffusen Sinne als neutral erscheinen können, ohne dadurch die Steuerung des Gesprächs aus der Hand zu geben.

5.3.2 *Moderatoren in organisierter Interaktion – welchen Effekt haben sie auf Interaktion?*

Die Moderatorenrolle ist mit Deutungsmacht und privilegierten Durchsetzungschancen ausgestattet, deren Gebrauch nur dann als legitim akzeptiert wird, wenn sie gegenüber den Parteien »neutral« bleibt. Die interaktionswirksame Darstellung von Neutralität ist dabei, wegen der

oben skizzierten Dilemmata, stets prekär und kann seitens der Beteiligten angefochten werden. Moderatoren müssen also fortlaufend praktische Lösungen für einen Grundkonflikt zwischen Neutralität und Steuerungsaufgabe finden. Für die Soziologie des Deliberative Polls interessiert vor allem die Frage, in welche interaktionswirksamen praktischen Strategien die Zielkonflikte der Moderatorenrolle typischerweise übersetzt werden. Wie stellen Moderatoren ihre inhaltliche Neutralität glaubhaft dar, ohne die Kontrolle über die Interaktion zu verlieren? Diese Frage interessiert uns mittelbar, um Indizien für die Beantwortung einer Folgefrage zu sammeln: Welche Formen der kommunikativen Handlungskoordination werden durch Moderation begünstigt? Dabei ist zwischen den Effekten der reinen, ›passiven‹ Anwesenheit von Moderatoren auf das Interaktionssystem und den ›aktiven‹ Strategien, mit denen Moderatoren die Interaktion beeinflussen, zu unterscheiden.

5.3.2.1 Effekt der Anwesenheit von Moderatoren in Interaktion

Um Probleme zu lösen, ist nicht immer aktives Handeln erforderlich. Schon die bloße Anwesenheit von Moderatoren in Interaktion beeinflusst das Sprechverhalten der Teilnehmer so, dass bestimmte Kommunikationsdynamiken und –formen unwahrscheinlicher werden. Der strukturelle Unterschied lässt sich konversationsanalytisch weiter aufschlüsseln. Der wichtigste strukturelle Effekt von Moderation betrifft das *System des Sprecherwechsels*. Während in informellen Gesprächen das Prinzip der Selbstselektion oder der direkten Fremdselektion (»Was meinst denn Du dazu?«) in die Sprecherrolle üblich ist, verfügen Moderatoren über das anerkannte *Monopol* darauf, Personen für die Sprecherrolle zu selegieren. Das Recht, zu bestimmen, wer wann spricht, kann proaktiv ausgeübt werden, so dass jeder zweite Redezug beim Moderator liegt (Garcia 1991) oder Moderatoren können sich dieses Rechts reaktiv und vorbehaltlich bedienen, um im Falle unpassender Gesprächsverläufe lenkend einzugreifen (Greatbatch/Dingwall 1997). Dieses Recht wird häufig kommunikativ abgesichert: typischerweise sichern sich Moderatoren zu Beginn des Gesprächs explizit die Kontrolle über die Gesprächsführung (Cobb 1997: 420).

Ein typischer Effekt der beim Moderator zentralisierten Kontrolle über das Rederecht ist, dass dieser zu einer präferierten (wenn auch nicht ausschließlichen) Adresse von Beiträgen wird. Die Teilnehmer reden nicht mehr direkt miteinander, sondern richten ihre Rede an den Moderator (Garcia 1991). Dies hat weitreichende Effekte auf die Interaktion und die Gesprächsstruktur: Zunächst ist die *entemotionalisierende Funktion* dieser institutionalisierten Unterbrechung direkter Reaktionsmöglichkeiten hervorzuheben. ›Vermittelte‹ Parteinahmen verlieren,

so schon Simmel, den »Ton der subjektiven Leidenschaft«; mit dem Effekt, »daß die Gefühlsbetonungen, die die Forderungen begleiten, plötzlich, weil diese von einer unparteilichen Seite formuliert und dem anderen dargestellt werden, von dem Sachgehalt abfallen, und so der für alle Verständigungen verhängnisvolle Zirkel vermieden wird: daß die Heftigkeit des einen die des anderen hervorruft« (Simmel 1968c: 77). Andere Teilnehmer werden in der an den Moderator gerichteten Rede nicht direkt adressiert und sind auch nicht unter unmittelbarem Zugzwang durch »conversational demands« (Gibbard 1990: 172). Die Unterbrechung direkter Reaktionsmöglichkeiten durch die Moderation schafft eine zeitliche und emotionale Distanz zwischen den Sprechakten der einzelnen Teilnehmer, die die gesprächswirksame Äußerung von Affekten unwahrscheinlich macht. Insbesondere diffuse Konflikte werden dadurch unwahrscheinlicher. Diese strukturelle Entemotionalisierung schafft vermutlich günstige Grundlagen für *geltungsorientierte* Kommunikation, die gegenüber den spezielleren Formaten von Argumentation und Verständigung zunächst indifferent ist.⁸

Allerdings zeitigt die Anwesenheit von Moderatoren auch spezifisch argumentationsungünstige Effekte. Wie Garcia herausarbeitet, ändert sich in Interaktionen mit zentralisierter Kontrolle über das System des Sprecherwechsels die praktische *Bedeutung von Nichtbeteiligung* (1991: 830). Dies kann man sich am Kontrastfall der Alltagskommunikation klarmachen. In alltäglichen Interaktionen mit handlungskoordinernder Funktion, die das Rederecht nach dem Prinzip der Selbstselektion vergeben, erscheint Nicht-Beteiligung typischerweise als *Billigung* (vgl. Urfalino 2007). Im Dialog oder der informellen Kleingruppe gilt die implizite Norm, dass nicht-bestrittene Äußerungen für den weiteren Verlauf des Gesprächs als konsensuell geteilt vorausgesetzt werden dürfen – man hätte ja widersprechen können (vgl. Luhmann 1983: 41–42). Diese interaktionswirksame Unterstellung kann schon in mittelgroßen Gruppen und erst recht in moderierten Diskussionen mit zentralisierter Kontrolle über das Rederecht nicht aufrechterhalten werden. Schweigen kann hier weniger leicht als Zustimmung gedeutet werden; sein Sinn ist ambivalent. Es kann sich immer auch um Konformität mit der formalen Interaktionsstruktur handeln, die der Moderation das Recht auf die Vergabe des Zugangs zur Sprecherrolle zuweist. Das bedeutet, dass aufseiten der Hörer Motive wegfallen, sachlich inadäquaten Positionen zu

8 Die Rolle von Emotionen für die »Deliberativität« von Kommunikation ist freilich umstritten (vgl. etwa Williams 2000; Phillips 1995; Polletta/Lee 2006). Da die sachlich zwingende Funktion der Rede jedoch primär an der *Verknappung* von Gründen durch Argumentation hängt, ist zu vermuten, dass Argumentationsprozesse zu persönlich relevanten Themen ohnehin eine Tendenz zur emotionalen Vereinnahmung der Sprecher aufweisen und die Gefahr sachlich diffuser Konflikte daher hoch ist.

widersprechen. Man weiß, dass andere wissen, dass man selbst anderer Meinung sein könnte als der je aktuelle Sprecher – und gerade deshalb braucht man seine sachlichen Vorbehalte nicht durch expliziten Einspruch zu markieren.

Ferner werden typische Dynamiken der Argumentation unwahrscheinlicher. Für kognitives Lernen in Argumentationen ist es nicht selten nötig, dass ein kritisches Gegenüber ›nachhakt‹, den ›Finger in die Wunde legt‹ und aufweist, dass bestimmte Begründungen nicht haltbar sind. Die Sprechakte nehmen dabei typischerweise die Form von benachbarten Paaren (›adjacent pairs‹) an (Garcia 1991). Kritik wird mit Rechtfertigung und diese mit erneuter Kritik beantwortet; Fragen folgen Antworten. Solche Sequenzen werden jedoch durch die zentralisierte Kontrolle des Sprecherwechsels unwahrscheinlicher und weniger effektiv. Die direkte Fremdwahl eines anderen Sprechers durch die kritische Nachfrage läuft immer Gefahr, in Konflikt mit der in der Moderatorenrolle zentrierten Kontrolle über den Sprecherwechsel zu geraten. Eine Äußerung von Widerspruch, die sich nicht an andere Teilnehmer, sondern an den Moderator richtet, verliert ihren Charakter als direkter Angriff auf eine Sach- und Sprecherposition, sie markiert keine offensichtliche Uneinigkeit und muss nicht unmittelbar beantwortet werden (vgl. Garcia 1991: 828). Auch wenn der Moderator einen Einwand als solchen interpretiert und das Rederecht der indirekt adressierten Partei überträgt, ermöglicht die ggf. paraphrasierte in jedem Fall aber zeitlich verzögerte Weiterleitung über den Moderator zusätzliche Möglichkeiten des *selektiven Anschlusses* durch die Adressaten, so dass unangenehmen Punkten leichter ausgewichen werden kann. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der Deliberationsforschung ist also festzuhalten: Moderatoren sind nicht einfach neutrale Randbedingungen des Gesprächs – sie fungieren schon durch ihre bloße Präsenz als »Dritte« mit denen eine »überindividuelle Kraft« in die Interaktion Eingang findet (Simmel 1968c: 68).

5.3.2.2 Techniken der Gesprächssteuerung

Wie gesehen kann die bloße Präsenz von Moderatoren in organisierter Interaktion den Effekt haben, eine argumentative Form der Handlungskoordination unwahrscheinlicher zu machen. Diese Tendenz kann möglicherweise ausgeglichen werden, indem Moderatoren ihre privilegierte Position nutzen, um den argumentativen Gehalt der Beiträge von Teilnehmern zu explizieren und sachliche Konfliktthemen und Unklarheiten hervorzuheben. Tatsächlich gibt es mit der Lehrer-Schüler-Interaktion ein Beispiel für einen Interaktionstypus mit in der Leistungsrolle zentralisiertem Turn-taking-System, in dem Sprechakte zwar ›vermittelt‹

aber dennoch als objektive Geltungsansprüche verstanden und nach ihrer Sachadäquatheit beurteilt werden (vgl. Kalthoff 1995; Kalthoff/Kelle 2000). Dieser Gesprächstypus erfordert jedoch permanente und *auffällige* sachliche Urteile seitens der Leistungsrolle, etwa explizite Entscheidungen darüber, ob Antworten akzeptiert oder weiter problematisiert werden. (Man denke nur an die offensichtliche Selektivität der Nachfragen bei falschen Antworten oder das etwas hilflose »Sehen die anderen das auch so?« mit dem Lehrende Selbst- und Fremdkorrekturen veranlassen wollen).

Anders als bei der Lehrerrolle verbietet die soziale Rolle von Moderatoren jedoch nicht nur explizite Zustimmung zu Sachaussagen – auch jede nicht unmittelbar konsensfähige sachliche Explikation des Gehalts von Äußerungen kann Anstoß erregen. Der Moderator eines Meinungsbildungsprozesses darf Sprechbeiträge *qua Rolle* nicht nach Maßgabe ihrer Wahrheit oder Richtigkeit bewerten, muss aber dennoch kontinuierlich auf sie reagieren. Damit ist nicht gesagt, dass eine glaubhaft »neutrale« Moderation von *Argumentation* unmöglich ist, sehr wohl aber, dass diese mit einer Vielzahl praktischer Probleme behaftet ist. Empirisch lassen sich in Moderation und Mediation Techniken der *Verschleierung des eigenen Standpunkts* und der *indirekten Gesprächssteuerung* in Sachdiskussionen aufweisen. Moderatoren wählen bevorzugt linguistische Formen, die die eindeutige Zuschreibungen sachlicher Festlegungen sowie auch persönlicher Positionierungen erschweren. Beispiele dafür sind Modalisierung und Modulation von Aussagen (Maley 1995; zur Terminologie Halliday/Matthiessen 2013), die Entqualifizierung von Aussagen, um problematische Festlegungen zu vermeiden (Jacobs 2002: 1404), »Conversational Footing« (Goffman), indem beispielsweise seitens der Moderatoren eine »Wir«-Perspektive gewählt wird (Heisterkamp 2006) oder die Transformation von Behauptungen in Fragen. Gerade Fragen lassen sich wegen ihrer pragmatischen Vielseitigkeit als Mittel der Moderation *par excellence* beschreiben (Greatbatch/Dingwall 1989; Cobb 1997; Cobb/Rifkin 1991: 45; Garcia 1991). Eine Funktion der Frageform ist die unverfängliche Wiedergabe von Gesagtem. Die Sprechakte der Teilnehmer werden in ihrer illokutiven Kraft modifiziert, wenn sie seitens der Moderatoren in Fragen übersetzt und an andere Teilnehmer weitergegeben werden. Dabei wiederholt die Frage (ähnlich wie Formen der indirekten Rede) den propositionalen Gehalt einer Aussage, ohne sie zu affirmieren. Der Effekt ist eine Transformation von sachlichen Festlegungen in Möglichkeiten. Diese Eigenheit von Fragen, Möglichkeitsräume zu eröffnen, macht sie gleichzeitig besonders geeignet für die Steuerung des Gesprächs (und für die ergebnisoffene Steuerung von Sinnverarbeitung überhaupt – siehe insbesondere Gadamer 1975: 352; Schneider 1991). Fragen treffen eine Wahl aus einem Horizont von möglichen Gesprächsfortsetzungen, die die genaue

Spezifikation des Inhalts der angesprochenen Person überlässt. Sie eröffnen so einen *begrenzten* Raum typischerweise erwartbarer und möglicher Antworten. Auf die Frage »Wie geht es Ihnen?« kann man zwar »Miserabel« entgegnen und damit möglicherweise die präferierte Antwort verfehlen, nicht aber »Ja, gerne«. Fragen übergeben die Initiative scheinbar den Verfahrensteilnehmern, rahmen aber gewisse Aspekte des Themas als diskussionswürdig, deuten mögliche Fortsetzungen an und können über Nuancen der Frageformulierung mehr oder weniger starke Präferenzen für bestimmte Antworten ausdrücken (Jacobs 2002: 141 ff.). Ähnlich funktionieren *Zusammenfassungen*, die sich ebenso wie Fragen nutzen lassen, um Aspekte des Gesprächs hervorzuheben und Teilnehmer nochmals explizit auf einige ihrer Aussagen zu verpflichten. Da Zusammenfassungen (genau wie Fragen) immer selektiv sind, bieten sie die Möglichkeit, für eine präferierte Fortsetzung des Gesprächs eine passende Vergangenheit anzubieten und Unerwünschtes unter den Tisch fallen zu lassen. Zusammenfassungen beschließen in Mediationen daher häufig Gesprächssequenzen und dienen dazu, Einigungen vorzubereiten (Greatbatch/Dingwall 1989: 630 f.). Wegen ihrer relativ transparenten Selektivität sind sie jedoch riskante Mittel, die die Darstellung von Neutralität untergraben können.

Die Mediationspraxis hat also eine Vielzahl von Techniken des effektiven praktischen Umgangs mit dem Neutralitätsdilemma hervorgebracht. Sie erfüllen vornehmlich die Funktion, die sachliche Steuerung des Gesprächs so weit wie möglich sozial zu *invisibilisieren*. Das Ziel besteht in *indirekter* und dadurch unauffälliger Lenkung von Gesprächsverläufen. Das Ideal der indirekten Steuerung wird beispielsweise auch in methodischen Richtlinien für Fokusgruppenmoderation (laut Fishkin die wichtigste Rekrutierungsbasis für Moderatoren in Deliberative Polls)⁹ besonders betont:

»Participants should (...) not even realize that the moderator ›guides‹ them from one subject area to another. Also, the group should not regard him as an ›authority‹. (...) Although the moderator is the group leader, his direction must be very subtle. For instance, rather than say, ›Don't you think it would be better to do such and such‹, the moderator can look for disagreement in the face of another respondent and say, ›You look as though you may not agree‹. The moderator's voice should trail off, letting another participant pick up the conversation.« (Folch-Lyon/Trost 1981: 447)

- 9 »I was amazed (...) to learn the sheer scale of the focus group industry. Billions are spent every year on group discussion. Of course, the aim is different than that of the DP. The aim is to uncover the most effective basis for

Moderatoren und Mediatoren führen also Interaktionen, ohne als Führer aufzutreten. Zusammenfassend wird dieser Stil von Maley wie folgt beschrieben:

»(...) mediators question (but never interrogate), explain, use unevaluative terms (...), suggest options (but never recommend, i.e. placing obligations by ›must‹ and ›should‹). Their ability to control the process, substance and, indirectly, the outcome of the matter derives from the use of heavily mitigated and modalised language which never confronts the parties but by suggestion and reframing moves the process and the topic in the desired direction.« (Maley 1995: 107)

Diese Form des kommunikativen Handelns in der Mediationspraxis ist Ausdruck der paradoxen Lage, dass Mediatoren und Moderatoren nur so lange ihre überlegene Machtposition in der Situation behaupten können, wie sie von dieser Macht keinen offensichtlichen Gebrauch machen. Die steuerungsnotwendigen Parteinahmen müssen derart verdeckt sein, dass sie von den Teilnehmern nicht plausibel als Parteilichkeit thematisiert werden können (für die Analyse eines Krisenfalls siehe Garcia et al. 2002). Von diesen Überlegungen ausgehend lässt sich fragen, welche Formen der Kommunikation, welcher Typus von Deliberation, den praktischen Imperativen der Moderationspraxis besonders entgegenkommt.

5.3.3 Welche Form der kommunikativen Handlungskoordination wird durch Moderation wahrscheinlich?

Die Analyse der strukturellen Effekte der Anwesenheit von Moderation und der Techniken indirekter Gesprächsführung lässt Schlüsse darüber zu, welche Formen der kommunikativen Handlungskoordination besonders *moderationsgünstig* sind. Die im Folgenden zu begründende These lautet, dass moderierte Interaktion *Argumentation* unwahrscheinlicher (wenn auch nicht unmöglich) macht, während *Verständigung* durch Moderation ermutigt wird.

Hierzu wären zunächst die bereits angedeuteten rollentheoretischen Gründe zu rekapitulieren. Wie gesehen, verfügen Moderatoren zwar über subtile Strategien und Steuerungstechniken, die dabei helfen, ihre unvermeidlichen sachlichen Parteinahmen zu verdecken – die Moderation von argumentativer Sachargumentation bleibt dennoch eine

advertising and persuasion. But the method of leading impartial discussions in which all participate in a safe public space without betraying any hint of one's own views requires a set of skills that can be easily developed and that are already widely shared. We have, in fact, found that the best DP moderators are focus group leaders, who undergo a slight retraining for the special tasks in the DP« (Fishkin 2010: 68).

hochgradig anspruchsvolle Aufgabe. Weil die Moderation von Argumentation immer auch eine manifeste Interpretation der sachlichen Kernprobleme des Gesprächs erfordert, sind als parteilich zurechenbare sachliche Festlegungen nur schwer zu umgehen. Die Steuerung von Argumentation lässt kontinuierlich Aktionen erforderlich werden, die von der klassischen ›ringmaster role‹ nicht mehr gedeckt sind und daher invisibilisiert werden müssen. Das oben beschriebene Neutralitätsdilemma tritt also im Fall argumentativer Gespräche besonders deutlich hervor. Ein weiteres Risiko der Argumentation besteht in ihrer geringen Erfolgswahrscheinlichkeit für einvernehmliche Handlungskoordination. Argumentation ist wegen der Vielzahl begründbarer politischer Überzeugungen als Mittel der Handlungskoordination relativ unzuverlässig und birgt die Gefahr generalisierter Konflikte, deren Vermeidung eine vordringliche Aufgabe der Moderation ist. Das Format der moderierten Argumentation verbindet also für die Moderatoren hohe Anforderungen mit hoher Enttäuschungs- und Konfliktgefahr.

Diese Annahme findet Rückhalt in den Ergebnissen empirischer Untersuchungen der Moderationspraxis. Jacobs beschreibt einen charakteristischen Gegensatz zwischen Mediationsteilnehmern und Moderatoren, der sich über die strategische Argumentationsvermeidung von Moderatoren erklären lässt:

»Ordinary people bring to mediation a commonsense vision that their dispute will be resolved through reasonable argumentation. They expect to receive justice through discussion (Merry and Silbey, 1984). They assume that the best way to proceed is by bringing in the facts of the matter, establishing who is in the right and who is in the wrong, determining relevant evidence, and so on. (...) Yet mediators typically do not encourage this type of dialogue or attempt to improve it. Instead, mediators usually show lack of interest in such matters, often actively discouraging argument or otherwise redirecting the discussion away from argument. So there is characteristic tension between the conduct of mediators and the conduct of disputants.« (Jacobs/Aakhus 2002: 177f.)

Während argumentativer Austausch in Mediation nicht selten aktiv unterbunden wird (vgl. Garcia 1991) gibt es eine Vielzahl von empirischen Belegen für die Förderung *alternativer* Formen der Handlungskoordination durch Mediatoren. Jacobs und Aakhus identifizieren (neben einer Präferenz für interessenbasiertes Verhandeln) einen »therapeutisch« genannten Mediationsstil, der Argumentation dadurch entmutigt, dass die Geltung guter Gründe entweder explizit auf die jeweiligen ›persönlichen‹ Standpunkte eingeschränkt oder gleich ganz außer Kraft gesetzt wird:

»It is not at all uncommon for mediators to say things like, »It's not a matter of who's right or wrong or good or bad or moral or immoral or any of those things; I don't care.« In similar ways, mediators may cut short debates by attributing their disagreement to a »misunderstanding«

or a »communication problem.« Or they may try to portray arguments as reflecting the fact that each party has a different point of view on the situation. By transforming the force of the arguments in this way, each party's arguments are relativized, and the conflicts are seemingly dissolved, or at least the arguments are disqualified as viable grounds for either party's position.« (Jacobs/Aakhus 2002: 197–8)

»Therapeutische« Mediatoren reagieren auf Aussagen, indem sie sie als individuellen *Ausdruck* deuten bzw. sie in das Register der Expression »modulieren« (Maley 1995). Die geäußerte Sachmeinung wird in diesem Fall als *Symptom* für je individuelle Gefühle, Bedürfnisse und Sichtweisen aufgefasst. Der »therapeutische« Stil zielt nicht auf eine Klärung der Sachlage (Wahrheits- und Richtigkeitsansprüche) sondern auf die allgemeine *Anerkennung* der Perspektiven aller Parteien. Therapeutische Mediation zielt also auf Handlungskoordination durch *Verständigung* im oben bestimmten Sinn ab. Die therapeutische Mediation einer anerkennungs-basierten Form der Handlungskoordination stellt wesentlich geringere praktische Anforderungen an die Kompetenz des Moderators. Wenn die Moderation gegenüber Wahrheit und Richtigkeit der Sprechakte *indifferent* bleibt, ist der rollenkonforme Eindruck sachlicher Neutralität viel leichter aufrecht zu erhalten. Moderatoren können ihre Rolle dahingehend auslegen, expressive Partizipation zu ermutigen, die jeweiligen »Sichtweisen«, »Gefühle« und »Standpunkte« entgegenzunehmen und das Recht eines jeden auf den je eigenen Bereich des Meinens und Dafürhaltens zu verteidigen, ohne dabei Gefahr zu laufen als sachlich parteilich wahrgenommen zu werden – denn die Sicherung einer kommunikationsermöglichenden Anerkennungsbasis ist unmittelbarer Teil der Rollenerwartung an Moderatoren. Interventionen im Namen eines *allgemeinen* »Rechts auf individuelle Meinung« können nur schwer des Partikularismus geziehen werden.

Dieser Moderationsstil leistet aktive Transformationsarbeit, um Aussagen mit Wissensanspruch in psychologisierte Wahrhaftigkeitsansprüche zu übersetzen und so einen Verständigungskonsens zu ermöglichen:

»The optimal solution will be to arrive at a definition of the situation in which each party's identity claims can be validated and interpreted in ways that do not impinge on the claims of the other.« (Jacobs/Aakhus 2002: 196)

Die therapeutische Transformation wird vermutlich vor allem in solchen Fällen angewandt, wo eine sachliche Einigung unwahrscheinlich scheint; etwa wenn es um Fragen moralischer *Schuld* geht. Cobb fand in ihrer Untersuchung von 30 Mediationsverfahren, deren Hintergrund gewaltsame Konflikte waren (und die daher Opfer-Täter-Konstellationen aufwiesen), die systematische Ersetzung moralischer Kriterien (festgemacht an den Kategorien von Recht/Unrecht und dem Ziel einer Feststellung

von Schuld) durch das psychologische Vokabular eines bedürfniszentrierten Diskurses (Konzentration auf subjektive Bedürfnisse; Ziel der Wiedergutmachung). Im bedürfniszentrierten Diskurs wird die Anwendung von Gewalt seitens einer der Parteien nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer moralischen Qualität, sondern unter dem der psychologischen Plausibilität und der Entschuldbarkeit der Motivlage diskutiert. Dadurch schrumpft der Bereich intersubjektiv zwingender Gründe:

»That which obligates the action, rather than remaining external to the speaker, moves back into the person, dissolving any external standard for evaluating or guiding action. The final standard becomes the pragmatic service to the psychological/physiological processes internal to individuals.« (Cobb 1997: 412)

In 26 von 30 untersuchten Mediationsverfahren wurde der moralische Diskurs durch den bedürfniszentrierten Diskurs ersetzt (Cobb 1997: 414). Cobb erklärt diesen Befund mit dem größeren Entgegenkommen des bedürfniszentrierten Vokabulars gegenüber der praktischen Logik der Mediation. Es sei schwierig, eine *einseitige* aber möglicherweise gut begründete Deutung der Situation (eindeutige Schuldzuweisung) gegen die in Mediation verankerten Tendenzen zur Reziprozität der Zugeständnisse zu behaupten. Typischerweise würden die Mediatoren durch ihre Eingriffe darauf abzielen, die Verantwortung (und damit letztlich auch Schuld) zu »mutualisieren« (Cobb 1997: 433). Statt asymmetrisches Unrecht festzustellen, würden sich die in der Mediationspraxis fest verankerten Werte der Gegenseitigkeit, des wechselseitigen Respekts und des Rechts von Personen auf ihren eigenen Standpunkt auch in der Interpretation des Konfliktfalls durchsetzen. Die praktische Logik von Mediationsverfahren scheint es kaum zuzulassen, dass zwar alle gleichberechtigt partizipieren, aber eine der Parteien sachlich völlig ins Unrecht gesetzt wird (was aber bei Diskussionen durchaus möglich und nötig sein kann, die an Kriterien der *Wahrheit* oder *Richtigkeit* orientiert sind).

Mit Bezug auf die konflikthafte Rolle von Moderatoren und empirische Befunde zur Moderations- und Mediationspraxis lässt sich also folgern, dass *Verständigung* (neben Verhandlung) ein besonders moderationsgünstiger Modus der Handlungskoordination ist. Der Handlungsmodus der Verständigung minimiert *erstens* Rollenkonflikte für Moderatoren. Die in der Rolle der Moderation ohnehin verankerten Werte von sachlicher Neutralität und sozialer Anerkennung werden durch die Institutionierung von *Verständigung* auf alle Teilnehmer generalisiert. *Zweitens* stellt Verständigung niedrigere Anforderungen an die praktischen Kompetenzen der Gesprächsführung. Anders als bei der Moderation von Argumentation oder sachlichen Streitgesprächen müssen Moderatoren keinen offensichtlichen Zielkonflikt zwischen der Sachadäquatheit der

Gesprächsfortsetzung und der Unauffälligkeit der Steuerung bewältigen. Die Moderation von Verständigung beschränkt sich auf die Wahrung gleicher Ausdruckschancen und wechselseitiger Toleranz. *Drittens* ist Verständigung häufig geeigneter, um auch bei kontroversen (z. B. politischen) Themen einen schwachen Konsens zu erzielen. Allerdings ist zu prüfen, ob sich die soziologischen Befunde zur Mediation (die häufig Mediation bereits bestehender Konflikte ist), sich auf die Rolle von Moderatoren in Deliberative Polls (in denen die Parteien keine starken Interessen vertreten) übertragen lässt. Dies geschieht im Folgenden über die Sekundäranalyse bestehender Studien zu Deliberative Polls.

5.4 Einige tentative Befunde und eine Schlüsselstudie zu Interaktion in Deliberative Polls

Handlungs- und rollentheoretische Argumente sowie empirische Forschungsergebnisse zu Mediationsverfahren legen die Vermutung nahe, dass *moderierte Interaktionen argumentative Formen der Handlungskoordination unwahrscheinlicher machen, Verständigung aber begünstigen*. Bei Deliberative Polls kommt hinzu, dass das Design des Verfahrens (argumentative) Konflikte nochmals entmutigt, was in der normativen Literatur typischerweise als Vorzug gesehen wird: »The fear of conflict is reduced not only because of the moderators but also because the opinions voiced are non-binding and the stakes are therefore low« (Mansbridge 2010: 56). Unsere theoretisch begründete Hypothese lautet daher, dass in der Kleingruppeninteraktion in Deliberative Polls und anderen deliberativen Verfahren mit moderierter Interaktion die soziale Form der *Verständigung* vorherrscht, während *Argumentation* systematisch unterbunden wird.

Die empirische Prüfung dieser Hypothese ist zwar möglich, anhand des vorliegenden empirischen Materials aber nicht einfach, denn die aus Sicht einer Soziologie deliberativer Verfahren zentralen Fragestellungen werden in der gängigen Deliberationsforschung nicht systematisch untersucht. Es gibt kaum Befunde zum empirischen Interaktionsmodus in Deliberative Polls oder gar handlungstheoretisch informierte Interpretationen von Interaktionsabläufen. Dennoch lassen sich in den veröffentlichten Studien und Verfahrensdokumentationen Hinweise finden. Ein Beispiel für die Entmutigung eines argumentativen Sachkonflikts durch Moderatoren kann etwa einer von Knobloch et al. berichteten Episode in einer durch Moderation angeleiteten Bürgerinitiative entnommen werden:

»That morning, one panelist told the group that a statement written and voted on the previous afternoon was »not jumping out« at her. Another

panelist took offense at the comment and said it amounted to ›dissing‹ the panel's work. The moderators allowed the panelists to express their frustration but quickly settled the matter by telling the panelists, »There will be another opportunity for you . . . to agree or disagree with that statement. We are trying to make sure that every voice is heard . . . You are here to deliberate, and that means that there are going to probably be differences of opinion. And that's okay. We're hoping that you continue to respect the discussion ground rules of disagreeing positively and with respect.« (Knobloch et al. 2013: 118, Auslassungen i. O.)

Statt die sachlichen Gründe für die Unzufriedenheit zu erörtern, interpretiert die Moderation die ›Frustration‹ als emotional motivierten Angriff auf das ›Recht auf Meinung‹. Der Konflikt zwischen der Sachorientierung der Teilnehmer und der Anerkennungs- bzw. Verständigungsorientierung der Moderatoren wird dadurch latent gehalten, dass die Möglichkeit zur Diskussion zwar nicht generell bestritten, aber auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

In Schulungsmaterialien für Moderatoren zu einem *Deliberative Poll* (»Australia Deliberates«¹⁰) finden sich Angaben zur »erwünschten Kultur« der Deliberation. In den Regeln findet sich auch ein Passus, der auf die explizite Präferenz der Veranstalter für Verständigung vor Sachauseinandersetzungen hinweist:

»[The desired culture of Deliberation, F.A.] will be achieved by (...) [e]nsuring that all involved understand that this is a *culture of dialogue, not debate*, and that the emphasis is on dialogue between Representative Australians and panellists, not among panellists.« (Ryan 2001: 116 ›Desired Culture/Values for the Weekend of Deliberation‹, Hervorh. F.A.)

Die in diesem Fall noch relativ subtil festgelegte Präferenz für Toleranz anstelle sachlichen Streits tritt in anderen deliberativen Verfahren offener zutage. Bei einer Lübecker Bürgerkonferenz im Jahr 2010 findet sich als *erste* der gemeinsam festgelegten Regeln der Diskussion formuliert: »Alle sind gleich wichtig, es gibt nicht richtig oder falsch« (Hauschild 2012: 153). Hier wird die Möglichkeit objektiver Wahrheit oder Richtigkeit gleich zu Beginn aus dem Weg geräumt.

- 10 »Australia Deliberates« befasste sich im Jahr 2001 mit dem Verhältnis des australischen Staates zu den nationalen indigenen Minderheiten (Aborigines und Torres Straight Islanders). Das Thema war insbesondere auf die Frage nach der Anerkennung einer moralischen Schuld gegenüber der indigenen Bevölkerung (Fishkin 2009: 161ff.). Es wurde eine Zufallsstichprobe von 344 Personen versammelt, dazu wurden jedoch 46 Personen aus der indigenen Bevölkerung als ›Oversample‹ hinzugezogen. Es wurden 25 Kleingruppen gebildet, wobei die Personen aus der indigenen Bevölkerung lediglich auf 10 Gruppen verteilt wurden (Fishkin 2009: 161ff.).

Derlei suggestive aber letztendlich anekdotische Evidenz kann den heuristischen Wert unserer Hypothese belegen, ist allerdings kein besonders anspruchsvoller Test. Bestätigende Fälle für theoretische Annahmen sind normalerweise nicht schwer zu finden, was für den Falsifikationismus ein Grund war, nur das Scheitern ernsthafter Widerlegungsversuche als Beleg für eine Theorie gelten zu lassen (Popper 2002). Es existiert jedoch eine Schlüsselstudie, deren Design sich fast wie ein Falsifikationsversuch unserer Annahme einer Verständigungstendenz von Deliberative Polls ausnimmt.

Die betreffende Studie von André Bächtiger und Marlène Gerber (2014) bezieht sich auf den ›EuroPolis‹-Deliberative Poll, der in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2009 stattfand. Die verhandelten Schwerpunktthemen waren ›Migration‹ und ›Klimawandel‹ jeweils mit Fokus auf die Frage, welche politische Reaktion der EU in diesen beiden Politikfeldern angemessen wäre. Etwa 3000 Teilnehmer an einer Umfrage zu auf die EU bezogenen politischen Einstellungen (Inklusive der Deliberationsthemen) wurden im Anschluss an die Umfrage nach Ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an der Präsenzphase des Deliberative Poll gefragt. Von den zufällig ausgewählten 600 tatsächlich eingeladenen Personen nahmen 348 Personen an der Veranstaltung teil (Isernia/Fishkin 2014: 6). Für die deliberativen Kleingruppendiskussion wurden 25 Gruppen gebildet, deren randomisierte Zusammensetzung so gesteuert wurde, dass maximal 2–3 verschiedene Sprachen in der Gruppe gesprochen wurden. In der Kleingruppen- und Plenarinteraktion konnten sich die Teilnehmenden ihrer jeweiligen Muttersprache bedienen, die Äußerungen wurden simultan übersetzt. Meinungen und themenbezogene Einstellungen wurden in vier Erhebungswellen vor, nach und während der Veranstaltung standardisiert erhoben (Isernia/Fishkin 2014: 7; Sanders 2012: 622).

EuroPolis zählt zu den wissenschaftlich am intensivsten beforschten Deliberative Polls (siehe die Studien von Fishkin et al. 2014; Gerber 2015; Gerber et al. 2014; Gerber et al. 2016; Isernia/Fishkin 2014; Isernia et al. 2014; Farrar et al. 2010; Sanders 2012). Auch die Briefing-Materialien für die Teilnehmer sind online frei verfügbar, so dass sich ein relativ vollständiges Bild des Verfahrens rekonstruieren lässt. Ich möchte an dieser Stelle jedoch keine detaillierte Auswertung sämtlicher Materialien vornehmen, sondern lediglich auf einen für unsere Fragestellung besonders interessanten Befund zu EuroPolis hinweisen: Zwei Studien, die den (in der Deliberationsforschung äußerst seltenen) Versuch unternehmen, empirische Mechanismen der Meinungsbildung in EuroPolis zu untersuchen, deuten darauf hin, dass *Argumentationsqualität und Wissenszuwachs wenig oder keinen Einfluss auf die erfolgten Meinungsänderungen* haben (Sanders 2012; Gerber 2014). Diese Resultate stehen der in der normativen Literatur üblichen Erklärung der Wirksamkeit von Deliberation über kognitive Lernprozesse entgegen.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage unternehmen André Bächtiger und Marlène Gerber einen weiteren Versuch, die *Interaktion in den deliberativen Kleingruppen* von EuroPolis zu analysieren (2014). Dabei interessieren sie sich für die Frage, ob eher kontestative oder konsensorientierte (»gentlemanly conversation«) Kommunikationsmodi in deliberativen Verfahren vorherrschen. Die Operationalisierung dieser Fragestellung kommt unseren Erkenntnisinteressen entgegen. Unter anderem wurde die gruppenspezifische Rate der expliziten Zustimmung sowie der expliziten Einsprüche und Gegenargumente untersucht. Ferner erhoben die Autoren den Anteil an kritischen Nachfragen an der Gesamtzahl der Sprechakte in den jeweiligen Gruppen. Zudem wurde die explizite *Anerkennung* (»respect«) anderer Beiträge erhoben und nach provokativen oder respektlosen Aussagen sowie nach Sequenzen mit direktem *konfrontativem Austausch* zwischen den Teilnehmenden gesucht (Bächtiger/Gerber 2014: 122–124). Diese Indikatoren sind durchaus geeignet, Hinweise dafür zu liefern, ob im Verfahren eher Verständigung oder Argumentation vorherrschen. Zu erwarten wäre, dass Argumentation mit konfrontativem Austausch, kritischen Nachfragen, Einsprüchen und Gegenargumenten einhergeht, während Verständigung sich wohl am ehesten am Anteil der expliziten Anerkennungsbekundungen und dem Fehlen von Provokationen und Respektlosigkeiten festmachen lässt.

Analysiert wurden die Kommunikationsverläufe in vier (von fünfundzwanzig) Kleingruppeninteraktionen zum Thema »Migration«, wobei die Auswahl der Gruppen für die von den Autoren intendierte Forschungsfrage eigentlich ungeeignet ist. Bächtiger und Gerber fragen nach dem *typischen* Interaktionsmodus in den Kleingruppendiskussionen in Deliberative Polls, nehmen aber keine randomisierte Stichprobenziehung vor, sondern wählen gezielt solche Gruppen mit hoher Konfliktwahrscheinlichkeit aus:

»Our selection criteria have mainly a demonstration purpose, rather than fulfilling representativeness. First, all groups selected should have serious underlying disagreement on the immigration topic in advance of the small-group discussions. Second, we wanted to have some groups where we knew in advance that they comprised »devil's advocates«, either in the form of participant devil's advocates or in the form of a facilitator who questioned participants.« (Bächtiger/Gerber 2014: 122)

Auch wenn sich aus der Studie also wenig über den typischen Kommunikationsmodus in Deliberative Polls lernen lässt – zu unserer Annahme passt dieses Design ausgezeichnet. Es lässt sich als Test unserer Hypothese unter erschwerten Bedingungen verstehen: Wird sich, wie erwartet, *Verständigung* als Handlungsmodus durchsetzen, auch wenn es große

sachliche Divergenzen gibt und den Gruppen Personen mit besonderer Konflikt- und Argumentationsdisposition angehören?

Die Ergebnisse sind überraschend eindeutig. In praktisch keiner der Gruppen entstehen längere konfrontative Argumentationen und die wenigen argumentativen Sprechsequenzen umfassen zumeist nur wenige Redezüge (ebenda: 126). Zustimmung und explizite Uneinigkeit liegen in den meisten Gruppen zwischen 10 und 20 Prozent, während die meisten neuen Redezüge gegenüber dem Vorangehenden neutral bleiben. Trotz großer einstellungsmäßiger Divergenzen und persönlicher Konflikt dispositionen innerhalb der Gruppen sind längere argumentative Sachaus einandersetzungen praktisch inexistent und auch einfacher Widerspruch ist selten:

»Contestation is not absent but it is neither the most important communication mode nor is it deployed in a bold manner. Only group B (involving a participant devil's advocate) has partial debate-style features, whereas group A (despite the presence of facilitator questioner) is so low on contestation that one might wonder about its ›critically reflective character (...) despite the fact that there is diversity and underlying disagreement in the groups, this is not automatically conducive to vigorous contestation.« (ebenda: 129)

Man möge sich nur den (aus forschungsethischen Gründen wohl hypothetisch bleibenden) Kontrastfall nicht-moderierter, einstellungsheterogener Gruppen vorstellen, denen das in geselliger Interaktion wohlweislich gemiedene Konfliktthema ›Immigration in die EU‹ über mehrere Tage hinweg zwangsverordnet würde, um die Unwahrscheinlichkeit dieses Ergebnisses nachzuvollziehen. Aufgrund der divergenten Einstellungen der Teilnehmer zum Thema ist zwar genügend ›Stoff‹ für argumentativen Konflikt vorhanden, aber dieser wird in der Interaktion offenkundig nicht ausgetragen.

Das erscheint nur dann rätselhaft, wenn man davon ausgeht, dass die Situationskontrolle bei den Teilnehmenden liegt. Nehmen wir hingegen rollentheoretisch die Vorrangstellung der Moderationsrolle an, lässt sich dieser Verzicht relativ zwanglos durch die Begünstigung nicht-konfrontativer Meinungsbildung seitens der Moderatoren erklären. Auch hier finden sich Anhaltspunkte: Die Studie untersucht die performative Rolle der Moderation zwar nicht systematisch, beschreibt allerdings einen – untypischen – Fall, in dem der Moderator einer Gruppe *selbst* kritische Nachfragen stellt und dadurch vermutlich auf kontestative Meinungsbildung abzielt. Das Ergebnis ist auffällig. Die Gruppe weist zwar die *relativ höchste* Rate an (ausnahmslos durch den Moderator initiierten) Konfrontations-Argumentations-Sequenzen auf, hat dabei aber die *relativ niedrigste* Rate an explizitem Widerspruch, die *höchste* Rate an Übereinstimmung und sehr *kurze* Argumentationssequenzen (im Durchschnitt

ergeben sich lediglich 2,4 Redezüge – d.h. einfache Paare von kritischer Nachfrage und Antwort, vgl. ebenda: 125–126). Dieser ›Konsensualismus‹ wird von Bächtiger und Gerber wie folgt erklärt:

»In group A, the facilitator kept asking detailed questions on different aspects of immigration, sometimes in a challenging manner. Although this might be a technique to bring latent disagreements to the fore, it did not work well in this particular case. Rather, by performing a questioner role, the facilitator somewhat freed participants from asking (critical) questions of their own. Moreover, the frequent interruptions by the facilitator also hindered coherent discussion (...)« (ebenda: 129).

Dieser Befund spricht einerseits für die situative Dominanz der Leistungsrolle des Moderators, zeigt aber auch klar die Grenzen der Möglichkeiten, die diese Rolle bietet. Die performative Interpretation der Moderatorenrolle als die eines ›Advocatus diaboli‹ führt hier offenkundig dazu, dass die Teilnehmenden eine *komplementäre* Rolle einnehmen: Sie verstehen sich als Abnehmer, nicht als Produzenten von Kritik. Kritik- und Rechtfertigungspflichten wurden dadurch nicht wechselseitig zwischen den Teilnehmern, sondern *asymmetrisch* zwischen Teilnehmer- und Moderatorenrolle institutionalisiert:

»However, facilitator-induced questionings were not at all conducive to a subsequent unfolding of a controversy: participants responded to the facilitator in a neutral way by providing additional justifications, with no participant engaging in controversial argumentation.« (ebenda: 126)

Die auffällige Kürze der durch den Moderator initiierten Argumentationssequenzen erklärt sich dabei durch die Limitationen der Rolle selbst. Kritische Nachfragen sind zwar möglich, solange in ihnen keine präferierte Sachposition deutlich wird, der Moderator selbst darf jedoch qua Rolle nicht (viel) weiter insistieren und die Adäquatheit der auf Nachfrage angebotenen Gründe nochmals in Zweifel ziehen, ohne den Verdacht der Parteilichkeit auf sich zu ziehen. Die Argumentationsversuche versanden daher nach wenigen Zügen und werden von den anderen Teilnehmern auch nicht aufgenommen – und wie sollten sie auch, in einer Situation, in der nicht nur die Gesprächsführung, sondern auch die Funktion sachlicher Kritik beim Moderator zentralisiert ist?¹¹

Die theoretisch begründete Annahme der *Argumentationsungünstigkeit* von Moderation lässt sich also auch im Fall von Kleingruppende-

- 11 Typischerweise vermeiden Moderatoren allerdings aus den oben diskutierten Gründen eine derart exponierte Rolle in der sachlichen Diskussionsführung, so dass sich der ›typische‹ Einfluss der Moderation auf Gesprächsverläufe und Modi der kommunikativen Handlungskoordination sich auf Basis der verfügbaren Daten nur indirekt an der Seltenheit von Argumentation und Konfrontation (im Gegensatz etwa zu Parlamentsdebatten) erschließen lässt.

liberationen mit besonderer Konfliktaffinität aufrechterhalten. Darüber hinaus lässt sich Bächtigers und Gerbers Beschreibung der interaktionswirksamen Konsequenzen der (seltenen) argumentativen Episoden sich im Sinne unserer handlungstheoretischen und identitätstheoretischen Überlegungen deuten. Bächtiger und Gerber beobachten, dass kontroverse Argumentationen und Anfechtungen die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden deutlich stärker binden, als der tolerante Meinungsaustausch.

Als Beispiel führen Sie eine Diskussion um den Status illegaler Einwanderer an, in der einer der Teilnehmer (A), die Begründung einer anderen Teilnehmerin (D) direkt angreift:

»A: I'd like to ask the lady next to me, what she would do when she would receive unsolicited visit. When she returns and there is somebody, right inside her apartment. What would she do?

(...)

C: In this Case I'd like to ask how you can compare an apartment, meaning intimate living space, with a country that has far more space.

A: Isn't it the same? Do you see any difference? This guy [in the apartment, A.B. & M.G.] I will kick out or arrest or whatever and to the one [irregular immigrant in a country, A.B. & M.G.] I say ›you can stay‹. And that is, that – you cannot do that, can you? Aren't that double moral standards?« (ebenda: 127, Auslassungen und Anmerkungen i. O.)

Durch den Versuch eines der Teilnehmer, einer anderen DiskutantIn ihre *Inkonsistenz* nachzuweisen (»Aren't that double moral standards?«) wird die Diskussion zum Test der öffentlichen Rechtfertigbarkeit politischer Einstellungen – und damit zu einer Bewährungsprobe persönlicher Identität. Der Einwand animiert die adressierte Partei zu einer elaborierten Antwort, die die Rechtfertigbarkeit verschiedener moralischer Standards (in diesem Fall zwischen den Rollen als Privatperson und als Bürger) verteidigt.

»D: Well, I owe you an answer to your question. I see a very clear difference between my privacy sphere, between my apartment, and (...) First of all, I move in my private sphere – in my own rooms, I have my family they are my closest. And then I am part of a community (...) and then I am German national and furthermore, Germany is a country within the EU. Thus, we need to differentiate and I really cannot just say: ›This is my home, I close the borders and devil-may care‹ – this is not as simple as that. Let's turn the whole thing around: In Germany, we are the ones driving cars, possessing warm homes, power plants, making greenhouse gas emissions. We just release that into our beautiful environment. Thus, we actually need to build the wall high enough, such that our waste and everything stays with us. We cannot say on the one hand that we want

to live a good life but when it comes to the people, we close the door and say: ›Here's the boundary. Thanks and bye.« (ebenda: 127, Auslassungen i. O.)

Die Sequenz verdeutlicht die Kapazität argumentativer Kommunikation, die Sprecher motivational zu binden und kognitiv zu mobilisieren. Diese kognitive Mobilisierung beschränkt sich nicht nur auf die unmittelbaren Adressaten, sondern strahlt laut Bächtiger und Gerber auf die gesamte Interaktion aus:

»Before the confrontational exchange, there was quite a bit off-topic discussion among participants. After the confrontational exchange, participants focused on one particular aspect of immigration (which was aligned with the confrontational exchange) (...) (ebenda: 127)

(...) after conflicting viewpoints had clashed in a direct controversial exchange, the discussion became much more focused, in depth and creative.« (ebenda: 130)

Kontestative Episoden involvierten die Teilnehmer stärker in das Gespräch und motivieren zur Teilnahme. Moderation macht kontestative Episoden und dadurch eingeleitete Formen der argumentativen Handlungskoordination allerdings systematisch *unwahrscheinlicher*; ihr Vorkommen wird in der zitierten Sequenz vor allem durch Nicht-Intervention der Moderation ermöglicht. Im Falle der zitierten Sequenz lässt sich dies etwa an der Eröffnung verdeutlichen: Die argumentationstypische direkte *Fremdselektion* (»I'd like to ask the lady next to me...«) kann auch als implizite Anfechtung der beim Moderator zentralisierten Kontrolle über den Zugang zur Sprecherrolle verstanden werden; sie ist also ein Bruch (schwacher) informeller normativer Erwartungen. Die Argumentation wird erst durch die, der impliziten Normativität der Situationslogik entgegenwirkende, Persönlichkeitsstruktur von ›Person A‹ ermöglicht. Die allgemeinen Befunde der Studie sprechen jedoch dafür, dass es sich dabei auch in einstellungsheterogenen Gruppen eher um die Ausnahme als die Regel handelt: Im Normalfall scheinen die Teilnehmer deliberativer Kleingruppen zu akzeptieren, dass ihre Einsätze von der Moderation dirigiert werden.

Deliberative Kleingruppen in Deliberative Polls institutionalisieren also höchstwahrscheinlich nicht Argumentation, sondern privilegieren *Verständigung*. Auch wenn unsere indirekte Beweisführung durch direkte empirische Studien zu überprüfen und ihr Ergebnis zu verfeinern wäre, reichen die bisherigen Ergebnisse aus, um das Anregungspotenzial einer soziologischen Sicht auf deliberative Verfahren zu verdeutlichen – und um erhebliche Zweifel an der Selbstausslegung von Deliberative Polls als kognitive Lernprozesse zu begründen.

5.5 Eine hypothetische Überlegung zum normativen Sinn von Deliberative Polls

Die soziologische Beschreibung deliberativer Verfahren ist auch folgenreich für das Verständnis ihres normativen Sinns. Gesetzt die (empirisch weiter zu untermauernde) Hypothese, dass in Deliberative Polls und in vielen anderen Verfahren mit moderierter Kleingruppeninteraktion nicht *Argumentation*, sondern *Verständigung* institutionalisiert wird, muss der Zweck der Verfahren und damit auch ihre normative Rechtfertigung anders bestimmt werden. Für moderierte Kleingruppendeliberation im Allgemeinen könnte gelten, was Garcia für Mediationsverfahren im Besonderen feststellt: Sie schaffen eine Ordnung der Interaktion, die auf »agreement withouth argument« und »dispute resolution without disputing« ausgelegt ist. (Garcia 1991). In diesem Fall muss die »Selbstbeschreibung« (Kieserling 2004a) der verfahrenszentrierten Deliberationstheorie korrigiert werden. Während die Erfinder von Deliberative Polls starkes Gewicht auf die kognitiven Funktionen des Verfahrens (das Abwägen und die Konfrontation verschiedener Perspektiven) legen, ist das Design der Kleingruppendiskussion in Deliberative Polls eher auf andere Zwecke ausgelegt.

Deliberative Polls schaffen einen Raum, in dem kultureller Pluralismus weitgehend konfliktfrei erfahrbar wird. Gleichzeitig bieten sie die Chance, die eigene Stimme in diese Pluralität von Ansichten und Meinungen einzubringen. Deliberative Polls institutionalisieren also keine »ideale Sprechsituation« im Sinne von Bedingungen optimal rationaler Evaluation von Geltungsansprüchen, sondern eine Sprechsituation, in der annähernd optimale Bedingungen der Anerkennung expressiver Stellungnahmen geschaffen werden. Sie sind ein Forum des Meinungsaustauschs eher als der kognitiven Meinungsbildung. Sie verknappen nicht Gründe für unhaltbare (z. B. nicht verallgemeinerbare) Positionen, sondern schaffen zusätzliche Anschlussmöglichkeiten für differente Meinungen (vgl. für diesen Gedanken Nassehi 2009: 164ff.). Die zentrale normative Leistung von Deliberative Polls wäre dann nicht die Herausbildung von politisch belastbarer Konvergenz in Sachfragen, sondern die Arbeit an einem sozialen »Meta-konsensus« (Niemeyer/Dryzek 2007), der auf der Einsicht in die kontextuelle Begründbarkeit von Standpunkten aufruht, die man sich gerade *nicht* zu eigen macht.

Deliberative Polls sind demnach, demokratietheoretisch gesprochen, nicht radikaldemokratisch, sondern eher liberal, insofern sie einen »Vorrang der Freiheit vor der Wahrheit« (Fischer 2014) institutionell begünstigen. Mit dieser Verfahrensfunktion lässt sich durchaus ein positiver normativer Sinn verbinden. Er lässt sich jedoch nicht an der epistemischen Verbesserung des Wissens mit Bezug auf ein Sachthema festmachen,

sondern liegt in den Entwicklungschancen für die politische Identität der Beteiligten selbst – es geht nicht um kognitives Lernen, sondern um politische Bildung und kommunikative Selbsttransformation. Hier kann man sich etwa auf das mindestens seit Karl Mannheim bekannte Argument stützen, dass die Konfrontation mit Heterogenem die Einsicht in die Partikularität des eigenen Standpunktes befördert: Die eigene Meinung erweist sich nur als Teil eines übergreifenden Zusammenhangs und verweist so über sie selbst hinaus (Mannheim 1978). Diesem Grundgedanken kann im Rahmen der oben rekonstruierten Identitätstheorie ein präziserer Sinn verliehen werden (Kapitel 4). Postkonventionelle Identitätsstrukturen sind in der Fähigkeit verankert, so zu sprechen und zu denken, als ob man sich an ein universelles Auditorium wenden würde. Es bedarf günstiger kommunikativer Bedingungen, um diese Fähigkeit zu entwickeln. Diese sind in Deliberative Polls und vergleichbaren Partizipationsverfahren in außergewöhnlich hohem Maße gegeben. Das Design von Deliberative Polls spricht die Teilnehmer als politisch urteilskompetente Mitglieder einer reflexiven politischen Gemeinschaft an und ermöglicht ihnen eine Selbstwahrnehmung als postkonventionelle Normgeber. Die Normen werden allein dadurch, dass sie als verhandelbar präsentiert werden, an ein posttraditionales Normverständnis angenähert. Statt sich autoritativ gesetzten Normen des »Gesetzgebers« bloß unterzuordnen, bietet das deliberative Verfahren die Erfahrung, dass der eigene Beitrag und eigene Vorstellungen von Legitimität den Prozessverlauf zu beeinflussen vermögen. In deliberativen Verfahren wird also ein abstraktes Ideal der Demokratie im kleinen Maßstab erlebbar; nämlich, dass sich die Adressaten der Gesetzesnormen auch als deren Urheber verstehen können müssen.

Diese Deutung impliziert einen Abschied von der Illusion, man könne in Deliberative Polls die expressiven Meinungs- und Willensbekundungen eines Staatsvolkes so filtern und destillieren, dass es fähig wird – und sei es nur *modo hypothetico* – mit der klaren Stimme der Vernunft zu sprechen. Die Metapher der *Volonté générale* lässt sich nur zur Auslegung der Idee von republikanischer Demokratie *insgesamt* fruchtbar machen (um den normativen Sinn deliberativer Systeme zu erhellen), nicht aber zur Rechtfertigung partikularer Verfahrensergebnisse in empirischen Demokratien heranziehen. *Explicit* wird ohnehin kaum jemand die faktisch stattfindenden deliberativen Verfahren als Produktionsstätten eines »allgemeinen Willens« auffassen wollen – aber ihre Legitimität hängt eben doch an der Idee der Konzentrierbarkeit und Optimierbarkeit eines »eigentlicheren« demokratischen Ausdrucks – »what people would think if they thought, knew, and talked more about the issues« (Fishkin/Luskin 2005: 294). Wenn man in den Verfahren hingegen einfach nur Verfahren sieht statt einen rationalen »Mikrokosmos«, fällt es leichter, die realen Stärken und Schwächen dieser Verfahren empirisch zu beurteilen.